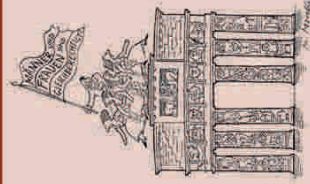


ansichten frauen sichten politik draufsehen west-ost aussichten 1989-2009



Überparteiliche Fraueninitiative Berlin
- Stadt der Frauen
www.berlin-stadtderfrauen.de

Dokumentation

der Veranstaltung
am 13./14.11.2009

frauen sichten politik

Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative

Freitag, 13.11.2009

Veranstaltungseröffnung

Grußworte von:

Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin
Luise Tremel, Bundeszentrale für Politische Bildung
Martina Michels, Präsidiumsmitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
Dagmar Rein, Intendantin des RBB

Wie ich den November 1989 und danach erlebte: Was Frauen (Ost) von der Politik erwarteten und was sie vorfanden – Ergebnisse

Vortrag und Diskussion mit dem Publikum

Referentin:

Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a. D., Senatorin a. D., Präsidentin der 1990 demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung Berlin, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Moderation:

Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Wissenschaftlerinnen aus Ost und West im Gespräch – Frauenpolitik und Frauenbewegung

Dialog Ost-West und Diskussion mit dem Publikum

Im Dialog:

Prof.em. Dr. Herta Kuhrig, Institut für Soziologie und Sozialpolitik in der Akademie der Wissenschaften der DDR, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“

Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr, TU Berlin, Fakultät I: Erziehungswissenschaft, Studienschwerpunkt Feministische Forschung, Menschenrechte

Moderation:

Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Fraueninitiativen – Runde Tische – Friedensfrauen

Kurzvorträge und Diskussion mit dem Publikum

Mit Beiträgen von:

Tatjana Böhm, Gründungssprecherin UFV, Autorin der „Sozialcharta“ des Runden Tisches 1989, Ministerin ohne Geschäftsbereich der DDR, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Brandenburg

Martina Weyrauch, Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung, Mitglied der Untersuchungskommission für Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung, Vertreterin des Untersuchungskommission bei der Erarbeitung eines Rehabilitierungsgesetzes der DDR

Ulrike Poppe, Mitbegründerin des Netzwerkes "Frauen für den Frieden" und der Initiative Frieden und Menschenrechte, Studienleiterin der Evangelischen Akademie zu Berlin

Moderation:

Monika Wissel, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Abendprogramm

Gina Pietsch, Sängerin und Schauspielerin:

Aus ihrem Programm: „Wenn Du stolperst, Schwester, ich halt' Dich“

frauen sichten politik

Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative

Samstag, 14.11.2009

Innensicht und persönliches Erleben: Parteien - Parlamente - Verwaltung

Podiumsdiskussion

Mit Beiträgen von:

Dr. Sabine Bergmann-Pohl, CDU, Präsidentin der ersten demokratisch gewählten Volkskammer, Bundesministerin a. D., Präsidentin des DRK Berlin-Brandenburg
Carola v. Braun, erste Frauenbeauftragte Berlin (West), ehem. Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner FDP, Gründungsmitglied und Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative

Petra Bläss-Rafajlovski, ehemals PDS, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags a. D., Gründungsmitglied des UFV, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Dr. Sibyll Klotz, Gründungsmitglied des UFV, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative, ehem. Fraktionssprecherin B90/Grüne, Bezirksstadträtin Tempelhof-Schöneberg

Renate Bremmert, (erste) Bezirksfrauenbeauftragte Berlin-Neukölln, Sprecherin der Konferenz der Bezirksfrauenbeauftragten

Ina Krauß, Journalistinnenbund Berlin

Moderation:

20 Jahre Frauen Ost und West - Erkenntnisse und Aussichten: Politik

Vortrag und Diskussion mit dem Publikum

Referentin:

Prof. Dr. Rita Süßmuth, CDU, Bundestagspräsidentin a. D., Bundesfrauenministerin a. D.

Moderation:

Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

20 Jahre Frauen Ost und West - Erkenntnisse und Aussichten: Wissenschaft

Vortrag

Referentin:

Prof. Hildegard-Maria Nickel, Zentrum für Interdisziplinäre Geschlechterforschung, Humboldt-Universität

Moderation:

Monika Wissel, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Sichten aus dem Publikum

Diskussion

Moderation:

Pia Kaiser, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

20 Jahre Frauen Ost und West- Erkenntnisse und Aussichten

Fragen an die Politik heute

Podiumsdiskussion

Mit Beiträgen von:

Dr. Heidi Knake-Werner, Die Linke, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales a. D., Berlin

Ulrike Neumann, MdB, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Mitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Ramona Pop, MdB Berlin, B90/Grüne, arbeitsmarktpolitische Sprecherin

Corneila Pieper, MdB, Staatsministerin, stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, stellvertretende Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen

Moderation:

Astrid Landero, Journalistin, Projektmanagerin im Frauenzentrum Paula Panke

Dokumentation des Kongresses
frauen sichten politik
west/ost
1989 – 2009

am 13./14. November 2009
im Rathaus Kreuzberg, Berlin



Mit Dank für die freundliche Unterstützung:



redaktion: zeitpunkte



Impressum

Herausgeberin: Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

Redaktion und Gestaltung: Petra Tesch

Die Audiotranskripte wurden z. T. gekürzt und zugunsten einer besseren Lesbarkeit redaktionell bearbeitet.

Einbandgestaltung: Josepha Tolksdorff

Fotos: Dagmar Stratenschulte

© Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen, 2010



Mit unserem Kongress wollten wir im 20. Jahr nach dem Mauerfall den Blick auf den intensiven Diskurs sowie die spannende Kooperation der Frauen in Ost und West während der Wende- und in der Nachwendezeit richten. Überdies sollte - wenigstens exemplarisch - die frauen- und gleichberechtigungspolitische Entwicklung 1989 - 2009 thematisiert werden.

Wir baten deshalb in der Wendezeit politisch aktive Frauen aus Ost und West, aus unterschiedlichen Bereichen und Parteien in thematischen Podien als Impulsgeberinnen aufzutreten. Als Zeitzeuginnen, durchaus in subjektiver Betrachtung, aber mit Blick auf politische Strukturen, sollten sie die folgenden Fragen beantworten:

Was hat Sie damals bewogen, sich politisch zu betätigen? Was haben Sie erwartet, was fanden sie vor, was hat Sie enttäuscht oder erfreut?

Diese Statements bildeten die Grundlage für die Diskussion mit dem Publikum, knapp 100 Frauen und ein Mann. In vielen Redebeiträgen brachten sie ihre Sichten auf die Wendezeit, ihre frauenpolitischen Erfahrungen und ihre Beurteilungen der Aussichten für eine geschlechtergerechte Gesellschaft ein.

Mit der Unterstützung und Beteiligung vieler ist es gelungen, in den zwei Tagen des Kongresses mit großer Intensität ein weit gefächertes Bild der damaligen Zeit und der Folgejahre sowie der Auswirkungen auf einzelne Frauen und auf Frauenpolitik allgemein zu zeigen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken.

Zuallererst bei der Bundeszentrale für politische Bildung, ohne deren finanzielles Engagement und die konstruktive Zusammenarbeit wir die Umsetzung unserer lange geplanten Kongressidee nicht hätten stemmen können. Besonderer Dank gebührt hier Luise Tremel, die uns durch die gesamte Vorbereitung begleitete.

Ebenfalls danken möchten wir dem RBB, namentlich der Redaktion Zeitpunkte, Magdalena Kemper und ihrem Team, die uns inhaltlich begleitend zur Seite standen, weite Teile des Kongresses aufzeichneten und in mehreren Sendungen darüber berichteten.

Der Fraktion „Die Linke“ im AGH, namentlich ihrem Geschäftsführer, Herrn Uwe Melzer, danken wir dafür, dass wir an einem Ort, dem Rathaus Kreuzberg, tagen durften, der – gerade wegen mancher Improvisationen und Unzulänglichkeiten - gleichsam symbolisch für das Zusammenwachsen von Ost und West in Berlin steht und der aus der Kantine im 10. Stock einen grandiosen Blick in die geographische Ost- und Westhälfte der Stadt ermöglicht.

Es ist nicht leicht, die Fülle der Eindrücke, Informationen und Statements auf ein „Dokumentarisches“ Format zurechtzustutzen.

Glücklicherweise hat unsere Fotografin Dagmar Stratenschulte mit ihrer Kamera Teilnehmerinnen in zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Gesprächssituationen eingefangen. Eine Auswahl dieser Fotos kann hoffentlich ein Stimmungsbild von der angeregten und anregenden Kongressatmosphäre vermitteln.

Die von Petra Bläss im Foyer arrangierte Ausstellung mit längst vergriffenen Materialien der Wendezeit brachte für die Teilnehmer/innen vieles fast Vergessene wieder ins Gedächtnis zurück. Wir bilden die wichtigsten Beiträge daraus in Bildern ab.

Mit „Wenn Du stolperst, Schwester, halt' ich Dich“ gelang es der Sängerin und Schauspielerin Gina Pietsch den Zuschauer/innen in Erinnerung zu rufen, dass Witz und Augenzwinkern über „das Patriarchat“ neben aller politischen Kritik, Emotionalität und Frauensolidarität in den Begegnungen von Frauen Ost und West keinesfalls zu kurz kamen. Auch hier können die Fotos leider nur einen Eindruck vermitteln.

Die Beiträge der Podiumsteilnehmerinnen und Referentinnen dokumentieren wir – soweit sie uns vorliegen – zugeordnet zu den einzelnen Inhaltsbereichen und innerhalb dieser in alphabetischer Sortierung.

Sie werden ergänzt durch Auszüge aus transkribierten Interviews, die die Journalistin Gudrun Damberg im Vorfeld mit allen Referentinnen und Podiumsteilnehmerinnen für eine CD-Produktion führte. Frau Damberg hatte ihre Interviewpartnerinnen gefragt: "Was waren Ihre wichtigsten politischen Erwartungen 1989? Was waren die wichtigsten erfreulichen Erlebnisse? In welchen Bereichen gab es Enttäuschungen?" Die Doppel-CD mit den Beiträgen dieser Zeitzeuginnen kann unter dem Titel „Stimmen zum Thema: frauen sichten politik. west / ost, 1989 – 2009“ zum Selbstkostenpreis bei der Überparteilichen Fraueninitiative bezogen werden.

Die Abbildung der spannenden Diskussionsbeiträge der Teilnehmer/innen würde den uns zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen und muss deshalb entfallen. Gleiches gilt leider auch für die Mehrzahl der Moderatorinnenbeiträge. Die Journalistinnen Ina Krauss und Astrid Landero sowie die Vorstandskolleginnen der Überparteilichen Fraueninitiative lotsten virtuos durch alle Facetten der Veranstaltung.

Mit der Dokumentation wollen wir Zeitgeschichte aus der Perspektive von weiblichen Akteurinnen sichtbar machen und damit den Beitrag dieser Frauen für eine Entwicklung würdigen, die eine Teilnehmerin des Kongresses mit den Worten zusammenfasste: „Uns verbindet schon wesentlich mehr, als uns trennt“. Wir hoffen, das ist uns gelungen.

Ihr Vorstand der Überparteilichen
Fraueninitiative



Inhalt

Vorwort	3
Grußworte	6
Carola von Braun	6
Martina Michels	7
Dagmar Reim	9
Luise Tremel	11
Die Außen- und die Innensicht: Politik	13
Dr. Christine Bergmann	13
Die Außen- und die Innensicht: Wissenschaft	18
Prof. em. Dr. Herta Kuhrig, Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr	18
Die Außen- und die Innensicht: Fraueninitiativen - Runde Tische – Friedensfrauen	21
Tatjana Böhm	21
Ulrike Poppe	22
Dr. Martina Weyrauch	23
Innensicht und persönliches Erleben: Parteien, Parlamente, Regierung, Verwaltung	26
Pia Kaiser	26
Dr. Sabine Bergmann-Pohl	28
Petra Bläss-Rafajlovski	29
Carola v. Braun	31
Renate Bremmert	34
Dr. Sibyll Klotz	36
20 Jahre Frauen Ost und West: Erkenntnisse und Aussichten	37
Prof. Dr. Rita Süßmuth	37
20 Jahre Frauen Ost und West – Erkenntnisse und Aussichten: Wissenschaft	39
Prof. Hildegard-Maria Nickel	39
20 Jahre Frauen Ost und West: Fragen an die Politik heute	44
Dr. Heidi Knake-Werner	44
Ulrike Neumann	45
Cornelia Pieper	48
Ramona Pop	49
Zusammenfassung und Abschluss	50
Anhang: Fotos und Dokumente	52



Von links: Carola von Braun, Luise Tremel, Martina Michels, Dagmar Reim

Grußworte!

Carola von Braun, Überparteiliche Fraueninitiative



Liebe Gäste, Mitwirkende und Mitstreitende, die *Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen* begrüßt Sie alle sehr herzlich zu unserem Kongress *frauen sichten politik*, insbesondere unsere Gäste, die extra aus dem Ausland angereist sind.

Wir bedanken uns bei der Bundeszentrale für Politische Bildung, die unsere Veranstaltung ermöglicht hat und bei der *redaktion zeitpunkte* des RBB, die uns bei dem Konzept der Veranstaltung mit manchem Rat zur Seite gestanden haben, die auch Teile unserer Veranstaltung aufnehmen und senden werden, mit denen wir seit vielen Jahren ein freundschaftliches Netzwerk pflegen.

Wir freuen uns auf die Grußworte, die uns zu diesem Kongress überbracht werden:

Auf das Grußwort von Luise Tremel, die als Mitveranstalterin für die Bundeszentrale für Politische Bildung zu uns sprechen wird,

auf Martina Michels, Mitglied des Präsidiums des Berliner Abgeordnetenhauses, die unsere Arbeit seit langem unterstützt,

last not least auf das Grußwort von Dagmar Reim, Intendantin des RBB und damit auch Chefin der *zeitpunkte*.

Als wir, die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin vor über 2 Jahren beschlossen hatten, im Jubiläumsjahr des Mauerfalls eine Veranstaltung durchzuführen, die an die politisch aktiven Frauen dieser Zeit erinnern soll und an die politischen Bedingungen, die sie damals erwarteten und vorfanden, wurde uns schnell klar, dass das ein umfangreicher historischer Komplex ist. Damit wurde klar: Wir müssen uns dabei konzentrieren auf bestimmte Themen. Wir erhielten immer wieder Hinweise und Vorschläge zu wichtigen weiteren Aspekten, z. B. zu der Frage, wie eigentlich Migrantinnen und Bürgerrechtlerinnen das Jahr 1989 und die Folgejahre erlebt haben.

Aber: Wir erkannten schnell, dass jedes dieser Themen alleine eine eigene Veranstaltung wert wäre. Und haben dann entschieden: Wir wollen wissen, wie *politische Multiplikatorinnen* aus Parteien, Verwaltungen, Friedensinitiativen, Parlamenten 1989 erlebt haben, als diejenigen, die sich entschieden haben, auf die konkrete politische Meinungsbildung jener Jahre Einfluss zu nehmen.

Wir wollen aus ihren Erfahrungen lernen, ihre Erfahrungen festhalten, damit ihre politischen Leistungen nicht vergessen werden, wie es mit so vielen anderen historischen Leistungen von Frauen in der Vergangenheit geschah, die nur wenige Jahre nach ihren

bemerkenswerten Taten in Vergessenheit gerieten. Wir wollen mit ihren Beispielen junge Frauen von heute dazu ermutigen, sich heute in die Politik einzubringen, in die politische Debatte einzusteigen und sie zu gestalten.

Und wir wollen von Wissenschaftlerinnen aus Ost und West hören, wie sie diese Jahre beobachtet haben, bewerten aufgrund ihrer Erkenntnisse.

Am Ende wollen wir mit Ihnen gemeinsam festhalten, welche Erkenntnisse und Ausichten Frauen in Ost und West aus diesen 20 Jahren gewonnen haben und wir wollen aktive Politikerinnen zum Schluss nach ihrer Antwort auf die Themen fragen, die Sie als Teilnehmerinnen für wichtig halten.

In Ihrer Mappe haben Sie außer dem Programm auch eine Karte erhalten. Wir werden diese Karte morgen für die Gestaltung einer Diskussionsrunde mit Ihnen nutzen, bitte werfen Sie sie nicht weg. Genauer dazu sagen wir später noch.

Außerdem haben Sie in Ihrer Mappe mehrere Klebepunkte erhalten. Bitte benutzen Sie, falls noch nicht geschehen, einen roten und einen blauen Klebepunkt, um sich auf unserer Deutschlandkarte im Vorraum zu verorten. Wir möchten dadurch mit Ihrer Hilfe ein Bild von der heimatlichen Herkunft unserer Teilnehmerinnen generieren und eventuell auch sehen, welche Ortswechsel in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben. Wenn Sie Hilfe benötigen, wenden Sie sich bitte an unsere Servicekräfte.

Im Foyer sehen Sie eine Ausstellung mit Materialien der Wende, die dankenswerterweise unser Mitglied, Mitwirkende am Runden Tisch 1989 und spätere Vizepräsidentin im Deutschen Bundestag Petra Bläss-Rafajlovski für uns zusammengestellt hat. Wir bedanken uns dafür sehr herzlich und hoffen, dass Sie diese Exponate genau so spannend finden wie wir, weil Vieles inzwischen leider in Vergessenheit geraten ist. Nehmen Sie sich die Zeit; diese Unikate werden Sie sonst nirgendwo mehr sehen.

So weit zum Organisatorischen. Das Wort hat nun im Namen unserer Mitveranstalterin, der Bundeszentrale für Politische Bildung, Luise

Tremel, der wir auch persönlich an dieser Stelle für guten Rat und wohlwollende Begleitung zu danken haben.

Martina Michels, Mitglied des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin



Liebe ÜPFI-Frauen, liebe Carola von Braun, liebe Gäste,

im Namen des Berliner Abgeordnetenhauses übermittle ich Ihnen die herzlichsten Grüße.

Diesmal ist der Tagungsort nicht das Parlament, aber nicht aus Gründen der Gering-schätzung, sondern weil dort an diesem Wochenende das Jugendparlament *Wannseeforum* tagt. Das ist zweifelsfrei eine ebenso wertvolle Veranstaltung.

Wie Sie aus der vergangenen praktischen Erfahrung wissen, bin der Überparteilichen Fraueninitiative sehr verbunden.

Aus meiner Sicht ist es vor allem die Kooperation und auf Akzeptanz angelegte Arbeit der ÜPFI, die besondere Anerkennung verdient.

Das Programm von *frauen sichten politik* ist anspruchsvoll, es bietet Raum für Reflexion, Auseinandersetzung und Verständigung. Dafür ist den Initiatorinnen ausdrücklich zu danken.

Und dazu möchte ich betonen:

Zur Verständigung gehört Verständnis

Zur Auseinandersetzung gehört Respekt.
Zur Reflexion gehört Analyse.

In den vergangenen Tagen wurde viel gefeiert, gewürdigt und das Gefühl der Freude

Zur Auseinandersetzung gehört Respekt.
Zur Reflexion gehört Analyse.

In den vergangenen Tagen wurde viel gefeiert, gewürdigt und das Gefühl der Freude und des Taumels vom 9. November 1989 reproduziert. Sehr zu Recht, wie ich finde.

Aber hier und heute ist der Ort, ohne die Freude zu schmälern, genauer hinzuschauen und uns zu befragen, wie es uns Frauen geht. Wo wir standen in Ost und West lebend, wie wir uns begegneten aus Ost und West kommend und worauf wir uns gemeinsam für die Zukunft verständigen können. Die Frauen in der damaligen DDR – und das kann ich aus eigener Lebensauffassung bestätigen, haben schon praktiziert, was Frauen von heute wollen: Kinder und Beruf, Arbeit und Familie – über die Schwierigkeiten, alles unter einen Hut zu bekommen. Das können sie im Verlauf dieser Tagung sicherlich berichten.

Hier ist heute auch der Ort, über vertane Chancen zu reden und neue Kräfte zu sammeln.

20 Jahre nach dem Mauerfall haben wir eine Gesellschaft, die nach Veränderung schreit, mit ihren Gerechtigkeitslücken und Sozialabbau, mit Kinder- und Frauenarmut. Die ÜPFI hat vielfache diesbezügliche Forderungen bereits beleuchtet und formuliert.

Wir begehen ja nicht nur den 20. Jahrestag des Mauerfalls. Wir befinden uns gleichfalls im 19. Jahr des Einigungsvertrages und wir sollten uns fragen, wie es um seine Umsetzung bestellt ist.

Ich nenne hier nur einige Stichworte:

- ▣ Selbstbestimmte Geburtenkontrolle und Schwangerschaftsabbruch
- ▣ Eigenständige Existenzsicherung und Abschaffung von Ehegattensplitting
- ▣ Entgeltgleichheit und gerechte Verteilung von Familien- und Erziehungsarbeit

Gerade vor dem Hintergrund meiner eigenen Ostbiografie plädiere ich dafür, den Frauen aus dem Osten noch genauer zuzuhören, ihre Erfahrungen zu nutzen.

Nach der Wende gab es vielfach verkürzte und ungerechtfertigte Darstellungen der Sozial- und Gleichstellungspolitik der DDR. Ich will hier nur mal erinnern an die Diffamierung von Kinderkrippen oder die Verwunderung über die ungebrochene Erwerbsneigung von ostdeutschen Frauen.

Maria Rellin hat es in ihrem Buch *Klar bin ich eine Ostfrau* sehr trefflich beschrieben: „Damals wurde nicht wirklich geprüft: Was könnte man, möglicherweise in veränderter Form, als Bereicherung für das neue, gemeinsame Deutschland gebrauchen? Ein Ruffer wie der damalige West-Berliner Ärztekammerpräsident Ellis Huber, der eine Brosche für die Polikliniken und fest angestellte Ärzte schlug, stand allein.“

Und Daniela Dahn stellt in *Wehe dem Sieger* fest: „DDR-Frauen hatten einen Emanzipationsvorsprung, dass ist noch am ehesten im Bewusstsein, auch wenn es eifrige Bemühungen gibt, diese Tatsache auszublenden. Ein Beispiel: 1989 gab es 95.000 gutqualifizierte ostdeutsche Erzieherinnen für Krippenkinder. Es ist geradezu lachhaft, wie in Talkshows zum Thema Betreuung in Krippen oder Ganztagschulen skandinavische Sachverständige bemüht werden, ohne darauf einzugehen, dass zwei Generationen von Ostdeutschen damit einschlägige Erfahrungen haben.“

Auch die Verständigung innerhalb der Frauenszene war nicht immer leicht, Vorwürfe und Anfeindungen nicht ausgeschlossen.

Umso erfreulicher ist es, dass es der Überparteilichen Fraueninitiative im Bündnis mit anderen (dieses Mal mit der Bundeszentrale für politische Bildung) gelingt, Frauen immer wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Dafür gebührt Ihnen ausdrücklicher Dank.

Berlin Stadt der Frauen ist das Motto der ÜPFI und darin liegt ein ganzes Programm.

Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg für die kommenden zwei Tage, spannende Diskussionen und vor allem wertvolle Schlussfolgerungen.



Dagmar Reim, Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb)

Sehr geehrte Frau von Braun,
sehr geehrte Frau Tremel,
sehr geehrte Frau Michels,
liebe Aktivistinnen von einst und jetzt,
liebe Gäste,

„Die Weiberwirtschaft“ betitelte vor einigen Wochen *Die Zeit* einen Artikel über den Aufstieg der Frauen nach der Wirtschaftskrise. Die sei eine Männerkrise, behauptete sie, mit Frauen wäre so etwas nicht passiert. So platt es klingen mag: Ein Blick in die Vorstandsetagen zeigt, es gibt einige Fakten, die sich nicht von der Hand weisen lassen.

Es waren Männer, die an den weltweiten Finanzplätzen gezockt haben, Männer haben in der Bankenaufsicht nicht genau hingesehen und es sind nun die Banken von Männern, die verstaatlicht wurden. (Schließlich heißt es ja auch Lehmann BROTHERS.) Hat der Wirtschaft also das viele Testosteron geschadet?

Diese Krise wirkt sich nicht nur auf Arbeitslosenzahlen, Managerboni und Bankkonten aus, sondern verändert auch das Verhältnis der Geschlechter. Es ist die Stunde der Frauen – nun ja, wenn auch als moderne Trümmerfrauen.

Es ist eine Revolution und hoffentlich der Beginn von etwas Neuem, eine Wende in diesem historischen Jahr, in dem wir das 20. Jubiläum des Mauerfalls feiern.

Vor zwanzig Jahren sah die Frauenpolitik aber noch ganz anders aus – gestatten Sie mir einen kleinen Rückblick:

1989 - sofort fallen einem Bilder und Stimmen zu diesem Jahr ein:

Erich Honecker im Januar: „ Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben“

Günter Schabowski bei seiner folgeschweren Pressekonferenz am 9. November: „Meiner Meinung nach gilt das ab sofort.“

Helmut Kohl Im Dezember vor der Dresdener Frauenkirche: „Mein Ziel bleibt die Einheit der Nation“

Das sind sie, die markigen Worte aus dem Jahr des Mauerfalls. Alle stammen sind sie von Männern. Wo waren die Frauen 1989? Gab es keine markanten Stimmen unter ihnen? War es so wie bei den 68ern: Frauen druckten und verteilten Flugblätter, organisierten Veranstaltungen, aber Männer profilierten sich als Texteschwinger.

Wir müssen schon genauer hinschauen, um die Frauen zu entdecken, die im Hintergrund die Fäden zogen: Zum Beispiel Rita Süßmuth, Christine Bergmann, Ulrike Poppe oder Bärbel Bohley, um nur vier zu nennen. Einige von ihnen sind jetzt hier oder werden heute Abend hier sein.

Nicht nur zwei völlig verschiedene Systeme trafen 1989 aufeinander – sondern auch zwei völlig verschiedene Frauenwelten.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurden die Frauen der Bundesrepublik oft zu Hausfrauen. In „Bräuteschulen“ lernten sie zu kochen, den Tisch zu decken und Babys zu windeln. Die Frauenbewegung hatte ihre Erfolge in den 60er, 70er Jahren. Ende der 80er Jahre gab es immer weniger Protestaktionen, die Frauenbewegung verschwand aus der Öffentlichkeit. Als die Mauer fiel, hatten nur 55 Prozent der Frauen im Westen einen Job.

Ganz anders das Bild in der DDR: Sie beanspruchte für sich, die Gleichberechtigung von Frauen verwirklicht zu haben. Hausfrauen galten als spießbürgerlich. Wohl auch, weil Arbeitskräfte im Land knapp waren, da immer mehr Menschen in den Westen flohen.

Allerdings gab es dabei einen ganz großen Haken: Die Frauen waren emanzipiert, die Männer nicht. Es hieß nur: „Frauen in die Produktion“, nicht aber „Männer an den Herd“. Und so blieb alles an den Frauen hängen, eine Dreifachbelastung mit Beruf, Kindern und Haushalt. 90 Prozent der Frauen in der DDR arbeiteten 1989 – die höchste Frauenerwerbsquote der Welt. Kurz darauf galten die Frauen im Osten als die großen Verliererinnen der Wende, denn sie waren die ersten, die arbeitslos wurden.

Zwei völlig verschiedene Ausgangsbedingungen also, die an der deutsch-deutschen Grenze aufeinander trafen. Demzufolge hieß es 1989 auch für die Frauenbewegung: Alles auf Anfang.

In den 90er Jahren entspannte sich das Verhältnis zwischen den aktiven Frauen Ost und den Bewegungsfrauen West. Sie verbuchten gemeinsam erste Erfolge: Ehemänner können ihren Frauen nicht mehr die Erwerbstätigkeit verbieten. Frauen haben das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und – zumindest – die theoretische Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

64 Prozent der deutschen Frauen arbeiten auch außerhalb der Familie. Seit 2007 gibt es das Elterngeld, eine Bundeskanzlerin regiert – schon zum zweiten Mal in Folge unser Land. Im Bundestag sind derzeit 204 Frauen vertreten, in der ersten gesamtdeutschen Regierung 1990 waren es 143. Seit zwei Wochen führt eine Frau die Evangelische Kirche in Deutschland. Und dennoch, Frau Tremel hat darauf hingewiesen, ist das kein Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Seit Jahrzehnten verfolge ich die Berufsbiografien unserer Volontärinnen und Volontäre. Zum Abschluss ihrer Ausbildung gibt es meist einen leichten Frauenüberschuss, etwa 6 von 10. Es starten also mehr gut ausgebildete Frauen als Männer in unseren Beruf, 10 Jahre später sieht das völlig anders aus. Von 10 Jungen sind noch etwa 2 Frauen an Bord.

Viele der berufstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit oder Minijobs, und nur jede zehnte schafft es in Führungspositionen. Noch immer verdienen Frauen hierzulande 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Das Betreuungsgeld – auch bekannt als „Herdprämie“ – es zieht sich als roter Faden durch diese Veranstaltung – soll ab 2013 kommen. Man wird Deutschland in dieser Hinsicht ein Schwellenland nennen dürfen.

Wie traurig, dass jungen Frauen heute kaum Vorbilder einfallen, wenn sie über Frauen in Führungspositionen nachdenken. Da sehe ich eine wichtige Rolle frauenpolitischer Sendungen, wie zum Beispiel die der *zeitpunkte*-Redaktion, die im rbb ihr zu Hause hat und in diesem Jahr ihr 30. Jubiläum feiern konnte: Sie lassen nämlich weibliche Vorbilder immer wieder zu Wort kommen auch und gerade zum Thema Wirtschaftskrise.

„Krise als Chance“ lautet ein abgedroschener Slogan. Für die Frauen könnte er sich aber bewahrheiten. „Mehr Frauen in Führungspositionen“, forderte zum Beispiel kürzlich Klaus Schwab, der Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsforums in Davos. Nur so könnten in Zukunft Krisen abgewehrt werden. Denn: Frauen seien vorsichtiger und gingen anders mit Risiken um.

20 Jahre nach dem Mauerfall sind die Frauen im Osten nicht mehr die Verlierer. Es sind die Männer: Derzeit sind sie häufiger arbeitslos, schlechter gebildet und bleiben öfter in der Heimat. Die jungen Frauen hingegen sind mobiler und flexibler als jede andere Bevölkerungsgruppe.

„Frauen auf dem Sprung“ heißt die neue Studie der Zeitschrift *Brigitte* in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin und mit dem ifas Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Laut dieser Studie sind die jungen Frauen im Osten Deutschlands den jungen Frauen im Westen einen ganzen Schritt voraus.

Hieß es nach dem Mauerfall „Aufbau Ost“, so ist es in der Frauenwelt umgekehrt. Hier passt sich der Westen langsam dem Osten an. Denn auch im Westen wollen immer mehr Frauen endlich alles: Kind und Job – und

einen Partner, der sie bei allem unterstützt. Eine kleine Vereinigung steht uns also noch bevor.

Vielen Dank.



Luise Tremel, Bundeszentrale für Politische Bildung

Liebe Carola von Braun, liebe Damen, die heute und morgen hier sprechen und zuhören werden, und lieber einziger Herr, der sich hier eingefunden hat,

es ist mir eine Ehre, Sie im Namen der *Bundeszentrale für politische Bildung* hier begrüßen zu dürfen, und es ist mir eine Ehre, dass meine Institution diese – Ihre – Veranstaltung unterstützt. Damit endet bereits das Grußwort, das ich im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung halte; es wäre vermessen, zu Ihnen, die Sie Akteurinnen waren, über die vergangenen 20 Jahre aus der Sicht der politischen Bildung zu sprechen.

Stattdessen werde ich etwas tun, das ich für noch vermessener halte, nämlich werde ich ein paar – knappe – persönliche Bemerkungen machen. Das ist deshalb vermessen, weil ich die vergangenen 20 Jahre nicht als Frau erlebt habe, sondern als Mädchen: im Herbst 1989, als einige von Ihnen dabei waren, die Friedliche Revolution voranzutreiben, war ich gerade eingeschult worden. Heute bin

ich 26, stehe also erst am Anfang meines Berufslebens, und ich beginne gerade erst, ein politischer Mensch zu sein.

Dennoch möchte ich etwas zu der Frage dieses Kongresses sagen, nämlich möchte ich Ihnen die Perspektive einer heute jungen Frau skizzieren. Denn unter den jungen Frauen, über die ich hier sprechen möchte – qualifizierte, selbstbewusste Frauen bis ca. 35, die ich hier „wir“ nennen werde – beobachte ich eine ausnehmende Verunsicherung, die unseren Umgang mit unserem eigenen Frausein prägt:

Verunsicherung, die Frage betreffend, ob die Frage der Geschlechtergerechtigkeit für uns überhaupt noch relevant ist, oder ob sie nicht längst beantwortet und zu den Akten gelegt sein könnte,

Verunsicherung darüber, wie diese Frage lauten könnte, sollte sie denn noch relevant sein,

und Verunsicherung darüber, ob wir uns *als Frauen* identifizieren und solidarisieren wollen und sollen, ob wir uns durch diese Identifikation und Solidarisierung exponieren sollen, oder ob nicht alles viel einfacher und auch gut ist, wenn wir geschlechtsunabhängige Bande schließen.

Diese Verunsicherung hat, so meine Beobachtung, ihre Wurzel in einer Diskrepanz zwischen dem persönlichen Erleben einerseits und dem Blick auf die Gesellschaft andererseits:

Auf der einen Seite steht das Gefühl und die bisherige persönliche Erfahrung, dass „wir“ nicht benachteiligt sind und nicht benachteiligt werden – vielleicht sind wir und die Männer nicht gleich, aber jedenfalls haben wir es nicht schwerer. Vielleicht sind für uns junge Frauen viele Dinge sogar einfacher als für gleichaltrige Männer, da die älter werdenden Herren in Führungs- und Prestigepositionen sich uns mit Begeisterung zuwenden, uns Dinge beibringen wollen, uns beeindrucken wollen. Das heißt: Da, wo wir jetzt sind, beruflich und politisch, sind wir gleich viele, gleich gut oder besser, wir werden ernst genommen, wir erhalten Chancen, wir werden gefördert. Auf der anderen Seite sind wir natürlich nicht blind und uns dar-

über bewusst, dass die Lage für ältere Frauen und auf höheren Hierarchieebenen nicht so rosig ist wie bei uns. Denn „da oben“ gibt es viel weniger Frauen, die tendenziell die schlechteren Positionen besetzen und härter zu kämpfen haben.

Wie wir diese Diskrepanz deuten wollen, die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung unserer eigenen Situation und der Wahrnehmung der Lage älterer Frauen, ist nun die alles entscheidende Frage.

Wir könnten uns nämlich einerseits sagen, dass wir ganz anders sind als diese älteren Frauen, die in ganz anderen Zeiten Karriere machen wollten und Steine im Weg hatten, die mittlerweile weg sind – auch weil diese älteren Frauen sie beiseite geschafft haben. Wir könnten also zuversichtlich sein, dass wir, wenn wir erst einmal älter sind, ganz selbstverständlich weiter kommen, ohne Frauenbünde und ohne Kampf, einfach weil für unsere Generation alles anders ist.

Wir könnten aber auch, und das wäre die andere mögliche Deutung, befürchten, dass wir später feststellen müssen, dass auch wir nicht weiter kommen – wenn wir älter sind und der Sprung auf höhere Hierarchieebenen ansteht, könnten wir merken, dass wir mit genau den selben Problemen zu kämpfen haben wie es die Frauengenerationen vor uns mussten. Wir müssten dann feststellen, dass es für Frauen auch heute nur in den Bereichen einfach ist, in denen es nichts kostet, Frauen zu integrieren und zu fördern und zu bilden.

Auf diese Frage – wie es denn nun bestellt sein wird um uns, wenn wir erst einmal älter werden – haben wir keine Antwort, können auch tatsächlich keine definitive Antwort haben bis es so weit ist. Die Antwort wird auch nicht einfacher dadurch, dass heute in Deutschland Frauen schon Kanzlerin geworden sind, Kandidatin für das Bundespräsident(inn)enamt, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, oder Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, die allesamt zeigen: Es geht, Frauen kommen nach oben, die Mauern sind nicht undurchdringbar. Die Laufbahn dieser Frauen lässt nämlich keinerlei Schlüsse darauf zu, ob die Hürden für Frauen in allen möglichen Bereichen dieser Gesell-

schaft heute niedriger oder gar verschwunden sind – ob Frauen generell heute noch einen Nachteil dadurch haben, dass sie Frauen sind.

Die Antwort auf die gerade aufgeworfene Frage ist aber, obwohl sie nicht beantwortet ist, ganz maßgeblich für die von jeder Einzelnen zu treffende Entscheidung, wieweit wir uns wappnen müssen und wollen, ob wir uns *als Frauen* zusammenschließen wollen, um unser jeweiliges und kollektives Fortkommen und Wohlergehen zu befördern.

Meine These, die genannten Frauen unter 35 betreffend, ist, dass wir alle die persönliche Erfahrung überbewerten und halb zu wissen meinen, halb hoffen, dass wir es genauso einfach oder schwer haben werden wie „die“ Männer. Je älter ich werde, desto skeptischer werde ich aber, dass das stimmt, und desto mehr Angst bekomme ich, irgendwann aufzuwachen und sehr zu bereuen, dass ich erst jetzt beginne, mich mit der Geschlechterfrage zu befassen. Und deshalb bin ich froh, heute hier zu sein.

Was ich gerade gesagt habe, ist banal und überhaupt nicht neu: Viele oder alle von Ihnen werden an irgendeinem besonderen Punkt in Ihrem Leben entschieden haben – und es nicht seit dem jüngsten Mädchenalter gewusst haben – dass es *jetzt* wünschenswert oder nötig ist, sich *als Frauen* zu verbünden. Gerade weil Sie diesen Erfahrungsvorsprung besitzen, weil Sie diese persönliche und politische Entscheidung allesamt bereits getroffen haben, freue ich mich darauf, von Ihnen zu hören, wie es Ihnen ergangen ist, und welche Vorstellungen Sie sich von der Zukunft machen.

Meine große Freude darüber, dass ich dazu beitragen konnte, dieser Tagung die ihr gebührende Förderung zukommen zu lassen, hängt schließlich damit zusammen, dass ich Ihre Fragen für politisch relevant halte, sie ist aber auch eine sehr eigennützige Freude.

Ich freue mich auf die kommenden zwei Tage!

Die Außen- und die Innensicht: Politik



Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a. D., Berliner Frauen- und Arbeitssenatorin a. D., Präsidentin der 1990 demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung Berlin, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Wie ich den November 1989 und die Zeit danach erlebte – was Frauen (Ost) von der Politik erwarteten und was sie vorfanden

Wir haben in den letzten Wochen auf allen Fernseh-Kanälen, in allen Zeitschriften und in vielen kleinen und großen Veranstaltungen die Zeit der friedlichen Revolution und des Mauerfalls wieder vor Augen gehabt. Alle Emotionen waren wieder da – das Gefühl der ungeheuren Befreiung. Auch die Erwartungen an die weiteren Entwicklungen, an Möglichkeiten lange entbehrrter Beteiligung.

Wie ist es zu dieser friedlichen Revolution gekommen und was ist daraus geworden? Das fragen wir zu Recht 20 Jahre danach. Was hat sich geändert für Frauen in Ost und West ?

Diesen Themen nachzugehen, differenziert und gründlich, ist die ÜPFI die richtige Adresse. Ein Dank der ÜPFI schon im voraus, dass sie diese Mühe der Vorbereitung eines solchen Kongresses auf sich genommen hat. Ich denke, es gelingt uns bei allem subjektiven Erleben dieser Zeitspanne gut miteinander ins Gespräch zu kommen.

Denn nicht alles, was da in letzter Zeit zu hören und zu lesen war, fand ich erfreulich. Ihnen wird es nicht anders ergangen sein.

Zu kurz kommt bei allem öffentlichen Erinnern die Rolle der oppositionellen Gruppen in der DDR in den 80iger Jahren und von der Rolle der Frauen ist, wie gewohnt, nicht die Rede. Dabei waren es gerade die Frauen, die schon früh mit Aktionen auf die Missstände in der DDR hinwiesen und das mit hohem persönlichen Risiko. Von Stasi-Überwachung über Verhöre bis zum Gefängnis haben die *Frauen für den Frieden*, eine Gruppe bewundernswerter mutiger Frauen, über Jahre hinweg viel auf sich genommen. Was als Protest gegen die zunehmende Militarisierung im „Friedensstaat“ begann wurde zu einer Initiative für eine freie demokratische Gesellschaft. Ulrike Poppe wird sicher darüber berichten.

Es hat vor einigen Tagen in der ZDF-Sendung *neo* eine gute ausführliche Dokumentation zu der Gruppe *Frauen für den Frieden* gegeben, die mehr als alle Kommentare Außenstehender die alltägliche DDR-Situation deutlich macht und vor Augen führt, wie Frauen endlich „ohne Lüge leben wollen“ und ihre Kritik an den permanenten Zumutungen des DDR-Systems versuchen, öffentlich machen.

Der Herbst '89, die friedliche Revolution war ohne die vielen aktiven Frauen nicht zu machen. Frauen wie Ulrike Poppe, Bärbel Bohley, Jutta Seidel, Ingrid Köppe und viele andere gehörten zu den Gründerinnen des Neuen Forums, saßen an Runden Tischen, stürmten Stasi-Zentralen.

Ohne Frau ist kein Staat zu machen, das Manifest von Ina Merkel stand über dem neu gegründeten Unabhängigen Frauenverband. Es ging um Beteiligung von Frauen, Vertretung ihrer Interessen. Auch darüber werden wir hören.

1989 war offensichtlich, dass wir an einem Wendepunkt standen. Der Staat war unübersehbar wirtschaftlich am Ende, demokratisch war er nie legitimiert und moralisch war er schon lange verschlissen. Menschen verließen das Land, weil sie keine Hoffnung mehr auf eine freie Gesellschaft hatten und wieder lautete die Frage: Gehen oder bleiben? In meiner Familie stellte sich die Frage. Müssen wir die mittlerweile erwachsenen Kinder zum Gehen bewegen? Wir hatten uns schon früh

zum Bleiben entschlossen, aber konnten den Kindern den gleichen Weg zumuten?

In den „sozialistischen Bruderländern“ bewegte sich etwas, gab es Reformen, sogar in der Sowjetunion. Nur die DDR-Regierung begriff nichts, wollte die Zeichen der Zeit nicht begreifen. „Noch 100 Jahre wird die Mauer stehen“, so tönte Honecker noch im Sommer `89. Damit hat er den Prozess des inneren Widerstandes erheblich befördert. Es war genug, nicht noch weitere Jahrzehnte in dieser unwürdigen und auch demütigenden Situation leben.

„Demokratie –jetzt oder nie“ – diese auf vielen Transparenten bei den Demonstrationen zu lesende Forderung bringt auf den Punkt, worum es ging. Und es war uns bitterernst. Wir hatten einen Zipfel in der Hand, an dem nun viele ziehen mussten, damit es gelingt.

Besser als es Werner Schulz am 9. Oktober bei dem Festakt in Leipzig formuliert hat, kann man nicht beschreiben, was sich vollzog. Ich zitiere: „Gesellschaften brechen nicht einfach so zusammen ... und Revolutionen vollziehen sich nicht im Selbstlauf. Sie ereignen sich dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Wenn Menschen den Mut fassen, etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren.“

Und der Mut wuchs mit jeder Demonstration, mit jeder Resolution, mit jeder Betriebsversammlung. Es war auch eine ungeheure Befreiung, endlich öffentlich auszusprechen, was unerträglich ist, nicht mehr nur im privaten Raum zu meckern. Beitragen zu können, dass es eine öffentliche Protestbewegung wird, die nicht mehr wegzureden ist. Mit der Kerze in der Hand gewaltfrei zu zeigen, dass es kein zurück gibt.

Und es wuchs die Zuversicht, dass es gelingen kann. Wir sind das Volk und wir bleiben hier.

Wichtig war dabei, dass wir über die West-Medien gut informiert über alle Ereignisse sowohl im eigenen Land als auch in den Ostblock-Staaten waren. Als Held hat sich übrigens keiner empfunden, auch als Heldin

nicht – vom Heldenkult der Sowjetunion hatten wir ohnehin die Nase voll.

Aber was musste als praktisches Handeln folgen? Für mich führte der Weg in die SPD.

Über die Medien erfuhr ich von der Gründung einer sozialdemokratischen Partei in Schwante am 7. Oktober. Seit Willy Brandt mit seiner Ost-Politik stand mir diese Partei nahe. „Wandel durch Annäherung“, die Politik der kleinen Schritte hatte ich in meinem Umfeld als sehr wirksam erlebt.

Also machte ich mich auf die Suche nach der SDP. Ich wurde fündig in der Gethsemane-Kirche. An die Kirchenwand gepinnt fand ich das Statut der SDP samt Kontaktadressen neben Resolutionen aus Betrieben für die Freilassung der um den 7. Oktober Verhafteten und anderen Informationen.

Nach jahrzehntelangem Leben in einem Staat, bei dem die führende Rolle der Partei nicht nur in der Verfassung festgeschrieben war sondern tatsächlich das ganze Leben durchdrang, kein ganz einfacher Schritt einer Partei beizutreten. Allerdings war mir klar, dass demokratische Veränderungen Strukturen brauchen, politische Ziele gebündelt werden müssen. Wir hatten ja den entscheidenden Schritt geschafft, gewaltfrei war die Mauer geöffnet worden, die Freiheit war Realität geworden. Aber nun ging es darum, die nächsten Schritte zu gestalten, sich über die weitere Entwicklung zu verständigen. Und schnell war klar, dass es sehr unterschiedliche politische Ziele gab.

Immer noch verließen viele Menschen das Land die sicher sein wollten, angst hatten, dass der Veränderungsprozess umkehrbar ist. Der Ruf nach Einheit war stark, Alternativen hatten keine Mehrheit, auch bei Frauen nicht. Das konnte ich gut verstehen, auch mein Wunsch nach neuen Experimenten hielt sich in Grenzen.

Also baute ich die SDP im Ost-Berlin mit auf, versuchte Männer und Frauen als Kandidaten und Kandidatinnen für die anstehenden Wahlen zur Volkskammer und Stadtverordnetenversammlung zu gewinnen. Natürlich konnte ich selbst nicht kneifen, trat an, gewann meinen Wahlkreis, saß in der 1. Fraktionssitzung der neu gewählten Stadt-

verordnetenversammlung und verließ sie als designierte Vorsteherin, kam nie wieder in mein Büro zurück. Es war nicht meine Lebensplanung gewesen. Ich hatte auch an keinem Zaun gerüttelt. Aber nun war es einfach dran. Beteiligung, mitgestalten hatten wir gewollt – nun wurde daraus Ernst.

Zu diesem Zeitpunkt sind wir davon ausgegangen, dass wir sicher 2-3 Jahre Zeit haben, die Einheit sowohl der Stadt als auch des Landes vorzubereiten und uns eine gemeinsame Verfassung zu geben. Diese Zeit hätten wir auch gebraucht.

Wir wissen, dass alles viel schneller ging, das Beitrittsverfahren beschlossen wurde und von Verfassungsdiskussion auf Bundesebene keine Rede mehr war.

In Berlin ist es uns besser gelungen. Auf der Berliner Ebene haben wir noch eine eigene Verfassung, die wir auf der Grundlage des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches erarbeitet haben, gegen viele Widerstände in Kraft gesetzt. Und wir haben im Ausschuss *Einheit der Stadt* durchgesetzt, dass eine gemeinsame Verfassung auf der Grundlage der beiden Berliner Verfassungen erarbeitet wird und mit Volksabstimmung in Kraft gesetzt wird.

Wenn Sie also jetzt die Berliner Verfassung in die Hand nehmen, finden Sie in Art. 10 eine weitreichende Regelung zur Gleichberechtigung, weitreichender als im Grundgesetz, und in Art. 18 das Recht auf Arbeit, beides stammt aus der Ostberliner Verfassung.

Diese Monate der Stadtverordnetenversammlung, als das alte nicht mehr galt und das neue noch nicht, habe ich erlebt als die Phase, in der im gegenseitigen Respekt ernsthaft auch gemeinsam über Parteigrenzen hinweg gerungen wurde um die vernünftigsten Lösungen. Die meisten Parlamentarier und Parlamentarierinnen waren neu und glücklich, sich endlich in einer Demokratie beteiligen zu können. Mein Rüstzeug als Präsidentin stammte aus meiner Arbeit in der Evangelischen Kirche und siehe da, es war gar nicht so schlecht. Wenn gelegentlich von alten Parlaments-Hasen über die östlichen Laienspiel-Truppen gelächelt wurde, hat mich das immer wütend gemacht, weil

ich diese Sitzungen als sehr befriedigend erlebt habe, mehr als manche routinierte Parlamentssitzung, die ich später erlebt habe. Aber es war eben auch eine Sondersituation und wie wir wissen, nichts bleibt so, wie es ist.

Wenig Zeit und Kraft blieb in der kurzen Zwischenzeit zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Verständnis der unterschiedlichen Sozialisationen

Mit der Einheit kam dann zusammen, was zusammen wollte. Die gegenseitige Erwartungshaltung unter den Frauen war groß. Es zeigte sich schnell, wie unterschiedlich die Rollenbilder und gesellschaftlichen Realitäten waren, die aufeinander trafen.

Für die Ostfrauen war und ist kontinuierliche (Vollzeit)-Erwerbsarbeit ohne längere Familienpause sowie schnelle ökonomische Unabhängigkeit selbstverständlich. Ihr Selbstverständnis ist nicht vom Status des Ehemannes sondern von sich selbst abgeleitet. Sie fühlen sich nicht als Rabenmütter, wenn sie ihre Kinder nicht rund um die Uhr selbst betreuen. Ihr soziales Umfeld akzeptiert dieses Leitbild. Ostfrauen sind mit einem moderneren Frauenbild aufgewachsen, das im Grunde dem west- oder nordeuropäischen eher entspricht als dem westdeutschen. Auf diesem Gebiet, ich betone – auf diesem Gebiet - gibt es einen Gleichstellungsvorsprung der Ostfrauen. Voraussetzung ist natürlich ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen von der Krippe bis zum Hort.

Nicht verschwiegen werden darf, dass die Erwerbsarbeit von Frauen und Müttern für die Wirtschaft notwendig war aber auch für die Familie, von einem Gehalt konnte der Trabbi nicht finanziert werden. Aber die Frauen haben ihre ökonomische Unabhängigkeit als kostbares Gut schätzen gelernt und wollen darauf, renitent wie sie sind, nicht verzichten. Um so bitterer ist es, wenn diese mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verloren geht. Das böse Wort der sächsisch-bayrischen Zukunftskommission, dass die Arbeitslosigkeit im Osten nicht so hoch wäre, wenn die Erwerbsneigung der Frauen nicht so hoch wäre, hat für erheblichen Wir-

bel gesorgt. Manchmal sagt ein Satz sehr viel über den Zustand der Gesellschaft aus.

Bei den West-Frauen ist volle Erwerbstätigkeit nach wie vor nicht der Normalfall. Das liegt vor allem am Fehlen entsprechender Rahmenbedingungen aber auch, regional unterschiedlich, an mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz.

Es gibt einige Begriffe, die ich erst nach der Einheit kennen gelernt habe, schätzen allerdings nicht. Dazu gehören „Zuverdienerin“, „Versorgerehe“, „Ernährer“, „Ehegattensplitting“.

Und noch immer kann ich nicht fassen, welche Vorbehalte in Teilen der Gesellschaft gegen Kinderkrippen und sogar Ganztagskita oder Ganztagschulen bestehen. „Fremdbetreuung“ – das klingt schon nach Vernachlässigung, wenn nicht Schlimmerem. Dass es so schwierig ist und so lange dauern würde, bis das Thema Ausbau von Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen zu Vereinbarkeit von Beruf und Familie wirklich akzeptiert wird, obwohl die westlichen und nördlichen Nachbarn damit weit voraus sind, hätte ich nicht für möglich gehalten. Im übrigen auch nicht, dass erst eine CDU-Ministerin kommen muss, um die Situation zu verbessern.

Bei der jüngeren Generation sehe in bezug auf die Erwerbswünsche eine große Annäherung. Die Realisierung dieser Vorstellungen hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen und der Situation auf dem Arbeitsmarkt ab.

In welchem Maße noch ein konservatives Frauenbild vorherrscht habe ich 1993 in Karlsruhe bei der Verhandlung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht erlebt. Da habe ich mich das 1. Mal als Frau richtig mies gefühlt. Die Art und Weise, in der die anwesenden sachverständigen Frauen, Beraterinnen aus unterschiedlichsten Verbänden, von der Caritas bis zu *pro familia*, die das Leben und die Probleme von Frauen in Schwangerschaftskonflikten nun wahrlich kannten, befragt wurden, war für mich unfassbar. Es offenbarte sich eine Einstellung, die Frauen

absprach, selbst in dieser Situation entscheiden zu können und zu dürfen.

Das moderne Frauenbild der DDR in bezug auf die Erwerbsarbeit war jedoch in keiner Weise mit einem Aufbrechen der Geschlechterrollen verbunden. Gleichberechtigung im Beruf und Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen gehörten zusammen. Sozialpolitische Maßnahmen gingen von einem traditionellen Männer-Frauen-Verhältnis aus. Vereinbarkeit von Beruf und Familie war vorrangig Aufgabe der Frauen.

Und ein weiteres Defizit möchte ich benennen, das bis heute nachwirkt: es gab keine öffentliche Debatte über Geschlechterverhältnisse und von einigen kirchlichen Gruppen in den 80iger Jahren keine Frauenbewegung. Das ist für eine Diktatur nicht verwunderlich, hat aber die Konsequenz, dass erst mühsam die Sensibilität gegenüber eigener struktureller Benachteiligung auf Grund des Geschlechts gelernt werden musste.

West-Frauen mit ihren Erfahrungen und geübtem Blick hat es zur Verzweiflung getrieben wenn ihre Warnungen vor den Konsequenzen des massiven Strukturwandels auf Unverständnis stießen. Die Hoffnung, dass jetzt moderne selbstbewusste Frauen kommen, die die West-Gesellschaft aufmischen und auf Vordermann bringen, hat sich nicht erfüllt. Das war im übrigen von Ost-Frauen schon deshalb nicht zu leisten, weil wir schließlich die Dazugekommenen waren und häufig noch sind. Mit dem Beitritt war klar, welche Spielregeln gelten, die aber erst zu lernen waren, bevor man sie verändern kann. Diese Erwartung wurde also nicht erfüllt. Dafür mussten manche frauenpolitischen Diskussionen wieder von vorn begonnen werden einschließlich der inklusiven Sprache. Das nervte.

Es wäre nun falsch anzunehmen, dass wir Ost-Frauen nicht die patriarchalen Strukturen in der DDR gesehen und auch diskutiert hätten, aber es geschah im privaten Raum und bestenfalls noch im Raum der Kirche. Dabei muss man berücksichtigen, dass der Geschlechterkonflikt in der DDR überlagert wurde durch den Konflikt zwischen denen oben und denen unten oder zwischen den

absolut Regierenden und den Regierten. In einem Staat, der Frauen zwar in bezug auf Erwerbsarbeit weitgehende Möglichkeiten lässt, sie aber ansonsten an allen Ecken und Enden bevormundet und Grundrechte, wie Meinungs-, Presse-, Reisefreiheit nicht gewährt, ist der Geschlechterkonflikt nicht der primäre, zumal Männer und Frauen in gleicher Weise davon betroffen waren.

Es war die Literatur, die feministische Ideen in die Debatte brachte, natürlich mehr oder weniger in die private. Ich denke an Maxie Wander, Brigitte Reimann, Irmtraut Morgner und besonders Christa Wolf mit *Kassandra*. Zur öffentlichen Rezeption von *Kassandra* will ich Ihnen ein Zitat nicht vorenthalten. Es stammt aus der bedeutendsten DDR-Literatur-Zeitschrift *Sinn und Form*: „Durch aber, dass Christa Wolf untergründig das Problem der unterdrückten Frau überdies auf mir unverständliche Weise mit dem ‚mörderischen Wer – Wen‘ verknüpft, wird dem Leser – möglicherweise ungewollt – der Eindruck suggeriert, die Geschichte sei nicht in ihrem tiefsten Grunde der Kampf zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, sondern zwischen Männern und Frauen, ja noch grotesker zwischen ‚männlichem‘ und ‚weiblichem‘ Denken. [...] Dass so blühender Unsinn in einem sozialistischen Land das Licht der Welt erblickt, das kann doch nicht wahr sein.“ (Wilhelm Girus, 83).

In den Jahren, als in Berlin-Ost aber auch in Berlin-West massenhaft Arbeitsplätze verloren gingen, war ich in Berlin Senatorin für Arbeit und Frauen und später auch für berufliche Bildung. Ich hatte mich um dieses Ressort gezielt beworben, weil schon zu befürchten stand, dass die Arbeitsmarktsituation schwierig würde. Allerdings hat wohl niemand vorhergesehen, welch dramatischen Einbrüche es geben würde. Ich erinnere, 150000 Industrie-Arbeitsplätze gingen von 1991 – 1993 in Ost-Berlin verloren, dazu kam die Abwicklung vieler Einrichtungen, z. B. der Akademie der Wissenschaften. Betroffen waren in dieser Phase überproportional viele Frauen. Ganze Industriezweige, in denen Frauen beschäftigt waren, verschwanden von der Bildfläche, Verwaltungen wurden abgebaut usw. Waren 1988 noch 91% der Frauen erwerbstätig, betrug die Zahl 1991 in den neuen Bundesländern nur noch

78 %. Aber noch immer ist die Erwerbsquote, vor allem auch der Vollzeit-Erwerbsarbeit der Frauen in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Die Vollzeiterwerbsquote in den neuen BL betrug 2006 63,2 % gegenüber 47,3 % in den alten Bundesländern.

Der Arbeitsplatzverlust hat Frauen, für die ökonomische Abhängigkeit vom Partner oder von Transferleistungen unvorstellbar schien, hart getroffen. Um so wichtiger war es, mit Arbeitsmarktprogrammen Instrumente zum Auffangen, Beraten, Qualifizieren als Brücken in neue Beschäftigung zu schaffen und zu finanzieren. Die Ost-West-Zusammenarbeit habe ich dabei sehr schätzen gelernt. Wir haben die West-Erfahrungen bitter gebraucht. Wenn ich an diese Jahre zurückdenke, dann erinnere ich mich an eine breite solidarische Zusammenarbeit aller Frauen in Politik, Verwaltung und Projekten. Aber ich denke auch mit Respekt an die vielen Frauen, die nicht resignierten sondern sich durchgekämpft haben. Manche treffe ich heute noch, wenn ich unterwegs bin und höre, wie es weiter gegangen ist – meist ging der Kampf weiter, aber sie haben es gepackt.

Auch in anderen Arbeitsfeldern waren die West-Erfahrungen hilfreich. Ich denke an die Bekämpfung häuslicher Gewalt. In der DDR ein Tabu-Thema. Es gab keine Frauenhäuser, keine Beratungsstellen. Aber es gab diese Gewalt. Gleich nach der Wende wurde in Ost-Berlin das 1. Frauenhaus eingerichtet, und es war über Nacht voll. Das ging nur so schnell, weil die West-Frauen aus meiner Verwaltung und den Projekten wussten, wie es laufen kann. Und wie Sie wissen, dieses Thema hat mich während meiner ganzen politischen Zeit nicht los gelassen. Über das BIG, Aktionspläne, Runde Tische auf allen Ebenen bis zum Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene ist eine Menge gelungen. Das Wichtigste, häusliche Gewalt ist kein Kavaliersdelikt mehr. Hier haben Frauen für Frauen viel erreicht.

Ich will es bei diesen Beispielen belassen.

Ich denke, Ost- und West-Frauen haben sich ganz gut kennen gelernt in den 20 Jahren seit der friedlichen Revolution. Wir wissen mehr voneinander, von unseren unterschied-

lichen Sozialisationen und wir haben mittlerweile gemeinsame Erfahrungen gemacht. Wir sind uns näher gekommen, das stelle ich bei vielen Diskussionen fest. Die West-Frauen verzweifeln nicht mehr am Ost-Pragmatismus und die Ost-Frauen haben die Erfahrungen ihrer Schwestern aus langen Jahren Frauenbewegung schätzen gelernt.

Wir brauchen unsere gemeinsamen Kräfte, um die nächsten Ziele anzusteuern, ich sage nur Entgeltgleichheit, Humanisierung der Arbeitswelt. Und wir müssen aufpassen, dass der Zug nicht rückwärts fährt und mühsam errungenes Terrain wieder verloren geht. Darauf deutet manches hin, ich nenne nur Betreuungsgeld. Ins Paradies hat uns die friedliche Revolution nicht geführt, schon gar nicht ins Gleichstellungsparadies, aber wir können für unsere Ziele kämpfen.

Wir wissen, dass uns auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft nichts geschenkt wird. Das kann uns nicht erschüttern, wir sind es gewohnt. Leichter geht es, wenn wir uns dabei aufeinander verlassen können. Und mehr Spaß macht es auch.

In diesem Sinne. Auf geht's!

Die Außen- und die Innensicht: Wissenschaft



Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr (li.) und
Prof. em. Dr. Herta Kuhrig im Dialog

Prof. em. Dr. Herta Kuhrig, Institut für Soziologie und Sozialpolitik in der Akademie der Wissenschaften der DDR, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“

Prof. em. Dr. Christina Thürmer-Rohr, TU Berlin, Fakultät I: Erziehungswissenschaft, Studienschwerpunkt Feministische Forschung, Menschenrechte

Wissenschaftlerin (Ost) im Dialog mit Wissenschaftlerin (West) zu Frauenpolitik und Frauenbewegung

(Auszug aus dem Veranstaltungsbeitrag, Audio-
transkript)

Herta Kuhrig: Als erstes wollten wir euch mit der Frage konfrontieren: Warum sitzen wir hier, wo doch so Vieles schief gegangen ist zwischen Ost und West in den zwanzig Jahren? Ich meine, das kann ja auch mal gesagt werden, nachdem schon so viel darüber gesagt wurde, was gut gegangen ist.

Diese Beziehung [zu Christina Thürmer-Rohr, Anm. der Red.] hat gehalten. Und ich glaube, es ist zum Teil hier schon in den Begrüßungsreden und in den Vorstellungsgesprächen gesagt, warum sich was halten kann. Wir waren schlicht und einfach neugierig auf einander. Und das hat meines Erachtens im Vereinigungsprozess auch in den Begegnungen der Frauen und der Menschen Ost und West ein bisschen gefehlt - diese Neugierde. Fragen "Wie hast du gelebt?" und "Ich halte mich jetzt mal mit meinem Urteil zurück,

wie ich das finde, wie du gelebt hast", "Ich will mir das erstmal anhören und dann hör du dir bitte an, wie ich gelebt habe, und dann werden wir sehen, ob wir uns da achten können auf dieser Ebene, ob wir uns gleichrangig in die Augen schauen oder ob da einer unten im Parterre ist und der andere im vierten Stock." Man soll auch nicht die Treppe hochgehen und mit einem Mal im vierten Stock sein und soll all das, was in zehn, zwanzig, dreißig Jahren autonomer Frauenbewegung - und auf das "autonom" lege ich wert, weil ich eigentlich gerne dafür wäre, dass wir in der DDR auch so etwas wie eine Frauenbewegung hatten, aber eben keine autonome - was also da in den vielen Jahren an Erfahrungen angesammelt wurde: Neugierde, Gleichrangigkeit, Akzeptanz - da soll man nicht sofort sagen, "das ist verkehrt" oder "das ist nicht verkehrt". Man muss eben auch die Bereitschaft haben zu verstehen und das Engagement für eine Sache, nämlich für die Emanzipation der Frau und mehr und mehr für Geschlechtergerechtigkeit, und auf dieser Basis, glaube ich, haben wir uns gefunden.

Dem Zufall sei Dank, der Zufall heißt in dem Fall Maria Mies, die uns zusammengeführt hat. Denjenigen, die nicht erst vor 26 Jahren geboren sind, sondern die schon seit '58 so wie ich sich mit der Thematik ein bisschen befassen, ist sie ein Begriff, also sicherlich auch eine der Ikonen der westdeutschen Frauenbewegung. Maria Mies, die mir bei einer Konferenz sagte, "dann und dann spricht Thürmer-Rohr in der *Alice Salomon*" - und damals war die noch irgendwo in Kreuzberg - "da musst du unbedingt hin!" Und von da an wusste ich, dass ich wirklich hin musste, weil ich da eine Menge zu lernen hatte und auf viele Fragen Antworten bekam.

Zum Beispiel muss ich gleich vorne weg sagen - und dann werd ich dir irgendwann die Gelegenheit geben, auch zu Wort zu kommen - geht es um gute Männer und um schlechte Männer und ob die Frauen das gute Geschlecht nur dadurch sind, dass sie Frau sind - und da hab ich also in der Bekanntschaft und in der Diskussion und in dem Lesen von Thürmer-Rohrs "Mittäterschaft" gelernt - „aha, die Frauen sind nicht qua Geburt das bessere Geschlecht, sondern es kommt auf

eine ganze Menge an.“ Und dann kamen noch dazu die Frauen und die Männer und die feministische Kritik an der Gesellschaft. Und da habe ich Tina sehr viel zu verdanken. Auch, dass es darum nicht geht, dass wir nur die Beziehung der Geschlechter zueinander in Ordnung bringen, sondern dass Patriarchatskritik wirklich etwas viel, viel tiefer Gehendes ist, und wir immer an der Oberfläche bleiben, wenn wir nicht dazu vorstoßen, dass es um gesellschaftliche Verhältnisse geht, und dass es um viel mehr geht als um das.

Also Patriarchatskritik war wirklich das Aha-Erlebnis. Ich weiß nicht, ob ich in meiner DDR-Zeit sehr oft das Wort Patriarchat in den Mund genommen habe. Dass unsere Gesellschaft eine patriarchale war, habe ich vielleicht nicht mal gedacht, weiß ich nicht, kann ich mich nicht mehr dran erinnern, aber sehr oft in den Mund habe ich es bestimmt nicht genommen. Also, fangen wir mit der Patriarchatskritik an, Tina!

Christina Thürmer-Rohr: Da möchte ich doch nochmal kurz zu unserem Kennenlernen was sagen. Das war nämlich 1989 sehr schnell im Herbst - und was ich unheimlich ungewöhnlich fand: Ich traf Herta Kuhrig kurz danach wieder auf einem Kongress in Augsburg, war das, glaub ich, als ich gerade unterwegs war in die Schweiz zur Frauenuniversität. Und ich kannte sie ja praktisch überhaupt nicht. Ich habe auf dem Flur zu ihr gesagt, so wie das damals war: "Sag mal, willst du nicht mitkommen?" und da sagt sie zu mir: "Ja, gib mir fünf Minuten Zeit" und dann kam sie in fünf Minuten wieder und sagte: "Ich komm mit." Das waren so Erfahrungen, die kann man sich ja kaum noch vorstellen. Da sind wir also zusammen eine Woche unterwegs gewesen und seitdem sind wir in einem eigentlich nie unterbrochenen Kontakt.

Und die Frage ist, wie das eigentlich möglich ist, also jetzt 20 Jahre diesen Ost-West-Kontakt fortbestehen zu lassen und auch sehr zu schätzen, muss ich sagen, sehr, sehr zu schätzen. Ich muss sagen, ich habe so viel gelernt im Kontakt mit dir, dass ich den gar nicht entbehrlich finden kann. Wie das eigentlich gehen kann?

Ich denke, es liegt eine wichtige Sache neben vielen, auch persönlichen, Sympathien usw., darin, dass man irgendwo begreift, dass Dialog nicht heißt: Übereinstimmung. Also nicht heißt: "Wir sind uns einig", "Ja, genau wie du, find ich auch!", "Kenn ich auch" und "Stimmt, stimmt genau!" usw. All das nicht, gar nicht, überhaupt nicht, sondern, dass man wirklich anfängt, das Dialogische als eine Blickerweiterung zu verstehen, als eine Perspektivenerweiterung, natürlich vorausgesetzt, da ist eine Neugierde an dem anderen, die aber nicht nur die Übereinstimmung sucht. Und dafür braucht man ein Motiv natürlich.

Warum soll Einen das interessieren, was jemand ganz anders sieht? Und ich denke, man muss verstanden haben, dass zu diesem Dialog gehört, dass man sich verständigen kann, das ist klar - wir haben ja auch erstmal die gleiche Sprache, auf den ersten Blick jedenfalls - aber dann das Verständnis, dass dieser Dialog auch heißt, dass man ein gemeinsames Drittes braucht, also dass man nicht nur, "Ich sprech' über mich und du sprichst über dich", sondern ein gemeinsames Drittes, einen Gegenstand hat, der uns echauft. Und das ist eigentlich die Gesellschaft, in der wir leben und die wir sicher in einer unterschiedlichen Weise auch kritisieren und es ist auch das Denken selbst, weil ja durch den Dialog in den eigenen Kopf andere Gedanken reinkommen, die jetzt mit in den eigenen Kopf gehören, so dass sich auch eine Erweiterung des eigenen Denkens, im besten Fall jedenfalls, ereignet.

Ich denke vielleicht noch eine kleine andere, positive Sache war vielleicht, dass es ja auch im Westen Menschen gab, die sich mit Marxismus beschäftigt haben, d. h. in meiner Generation waren sehr Viele, die aus der Linken aus der Studentenbewegung stammen, sehr viele Leute und dazu gehöre ich auch, die sich intensiv mit Marxismus beschäftigt haben, wenn auch, das muss man sagen, sehr selbstgemacht (self-made), wir haben es selbst so gemacht wie wir dachten, dass man es machen könnte, haben uns selbst gebildet, mehr oder weniger in selbst gegründeten Gruppen und wir haben dann, und das ist wichtig, mit der Frauenbewegung ab Mitte der 70er Jahre aus diesem marxisti-

schen, theoretischen Wissen etwas sehr Merkwürdiges gemacht, nämlich etwas, was gar nicht nachzulesen ist: Wir haben im Grunde die großen Begriffe Unterdrückung, Ausbeutung usw. auf die Frauen bezogen. Wir haben das Problem mit dem Haupt- und dem Nebenwiderspruch anders gesehen, wir haben also nicht zugelassen, dass die Geschlechterfrage ein Nebenwiderspruch ist, sondern wir haben darin den Kern des Problems gesehen. Und wir haben damit natürlich auch sowas wie eine Klassenvorstellung der Frauen überhaupt entwickelt. Also so, als seien Frauen eine Klasse. Klasse würde hier heißen: das Veränderungsobjekt als Objekt. Also das heißt, die Menschen, die überhaupt in der Lage sind, die Kraft haben, die Ideen haben, die Potenz haben, Veränderungen dieser Gesellschaft zu bringen. Ja, und das war so die Ausgangslage. [...]

**Die Außen- und die Innensicht:
Fraueninitiativen - Runde Tische – Friedensfrauen**

Tatjana Böhm, Gründungssprecherin UFV, Autorin der „Sozialcharta“ des Runden Tisches 1989, Ministerin ohne Geschäftsbereich der DDR, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Brandenburg

Auszug aus dem Interview auf der CD "Stimmen zu frauen sichten politik" (Audiotranskript)

„Aber die Frage der Beteiligung oder die Frauenfrage wurde da überhaupt nicht gestellt, wie auch in der DDR in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr.“

Wenn ich mich jetzt zurückversetze nach 1989, damals ging es ja um Bürger- und Bürgerinnenbewegung. Das war ja eigentlich der Ansatz Bürgerinnenbewegung, weil es ging ja bisher nur um Bürgerbewegung. Weshalb unterschiedliche Frauengruppen sich entschlossen haben, den Unabhängigen Frauenverband zu gründen, war ja diese Demokratisierung der DDR und diese Reformbestrebungen. Die gab es ja damals in einer ganzen Menge von Gruppen. Da waren ja auch unglaublich viele Frauen aktiv. Aber die Frage der Beteiligung oder die Frauenfrage wurde da überhaupt nicht gestellt, wie auch in der DDR in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr. Und dann natürlich, so wie es Ina Merkel dann formuliert hat, in dem Moment, wo es praktisch eine Wende gibt oder wo es einen Umbruch gibt, eben die Erfahrung auch aus der Geschichte, dass Frauen zwar daran immer beteiligt sind an den Aktivitäten, aber dass sie dann als frauenspezifische Frage überhaupt nicht mehr vorkommen. Also deshalb war eben der andere Aspekt "Ohne Frauen ist kein Staat zu machen", also bei Umstrukturierungen, dass die Geschlechterfrage erneut gestellt wird oder überhaupt gestellt wird.

Unglaublich erfreulich war also diese Aufbruchsstimmung, also dann wirklich beteiligt zu sein, diese ersten Demonstrationen, diese Art und Weise, wie Diskussionen geführt wurden, die natürlich gleichzeitig auch wieder problematisch waren - das war ja nicht nur angenehm. Aber dieses Öffnen, dieses Freisetzen an Ideen, also wenn man sich da

überlegt, wie Menschen die eigenen Dinge in die Hand genommen haben. [...]

Das ist für mich vielleicht die größte Enttäuschung, dass die Chance der deutschen Wiedervereinigung, dass die eigentlich nicht genutzt worden ist, dass sich das deutsche Volk gemeinsam eine Verfassung gibt. Weil ich denke, dass damit auch Chancen von mentaler Einheit nicht genutzt worden sind. Weil ja diese Verfassungsdiskussion, die in Teilen im Osten ja geführt worden ist - da ging es ja nicht um das, was unterstellt wurde, die Einführung bestimmter sozialistischer Strukturen mit anderen Mitteln, sondern das ist eigentlich eine unglaubliche Befreiungsdiskussion gewesen. [...]



Monika Wissel: Frau Poppe, Sie haben Kunsterziehung und Geschichte studiert. Schon 1973 haben Sie begonnen, sich in der Oppositionsbewegung zu engagieren. Mit zivilem Ungehorsam provozierten Sie das System schon Jahre vor dem Mauerfall.

1982 waren Sie Mitbegründerin des Netzwerkes *Frauen für den Frieden*. 1985 sind Sie Gründungsmitglied der *Initiative für Frieden und Menschenrechte*. Sie haben die „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ mitverfasst und sind Erstunterzeichnerin der daraus entstehenden Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt*, die Sie am zentralen Runden Tisch vertreten haben. Seit 1992 sind Sie Studienleiterin für Politik und Zeitgeschichte an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg.

Sie haben gesagt, dass Sie sich gefreut haben, dass inzwischen das Wort „Revolution“ für die Ereignisse im Oktober/November

1989 verwendet wird. Kann man von einer sanften Revolution sprechen?



Ulrike Poppe, Mitbegründerin des Netzwerkes *Frauen für den Frieden* und der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, Studienleiterin der Evangelischen Akademie zu Berlin

Interview auf der CD "Stimmen zu frauen sichten politik" (Audiotranskript)

„Demokratie ist das Gut, was sich abnutzt, wenn man es nicht benutzt.“

Es war, wie ich glaube, eine Revolution. Einen Umbruch nennt man dann eine Revolution, wenn nach einer Lenin'schen Definition "die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen". Das war der Fall. Und es war ein radikaler Umbruch, ein radikaler Machtwechsel. Und nicht nur ein Machtwechsel, sondern auch ein vollständiger Systemwechsel. Also alles das, was eine Revolution kennzeichnet, hat hier stattgefunden.

Ich war damals Sprecherin von *Demokratie Jetzt* und bin in vielen kleineren Ortschaften gewesen, wo sich die Leute in Scheunen oder in Kirchen versammelt hatten und diskutierten in einer Offenheit, wie ich das nie erlebt habe in der DDR. Und das war eigentlich die schönste Zeit - diese enorme Aufbruchzeit, dieser Enthusiasmus, diese Eigenverantwortung. Und plötzlich habe ich gesehen, dass das alles Menschen waren, die schon lange nachgedacht haben und wo es nur noch eines Anstoßes bedurfte, um plötzlich mit Konzepten herauszukommen, mit Ideen, mit einem bürgerschaftlichen Engagement, wie es das nie vorher gegeben hat und leider auch seitdem nicht mehr, weil dann irgendwann - aber wahrscheinlich lässt sich sowas

nicht auf Dauer halten - irgendwann haben die Menschen gesagt: „So, jetzt haben wir die Lokomotive aufs Gleis gesetzt, jetzt haben wir die ersten freien Wahlen gehabt, jetzt können wir die Verantwortung wieder an den Staat abgeben oder eben an das erfahrene Westdeutschland - die werden das jetzt schon machen.“

Und da ist, glaub ich, auch ein wenig Bewusstsein davon verloren gegangen, dass Demokratie ja gerade der Aktivität mündiger Bürger bedarf und nichts ist, was sich von alleine als Demokratie hält. Demokratie ist ja das Gut, was sich abnutzt, wenn man es nicht benutzt, um frei nach Voltaire zu zitieren - Voltaire hat das über die Freiheit gesagt.

Vielleicht hätte man sich mit einigen Strukturanpassungen Zeit lassen können. Sicherlich, zunächst einmal schien Eile geboten, weil man nicht wusste, wie lange das außenpolitische Fenster sozusagen noch offen stand, wie lange Gorbatschow noch an der Macht war, wie lange die Regierungschefs der ehemaligen Alliierten noch der Wiedervereinigungsidee wohlgesonnen waren.

Aber das hieß ja eigentlich nicht, dass man nun alle gesellschaftlichen Bereiche sofort auf das westliche Muster bringen sollte, sondern man hätte vielleicht einiges nochmal evaluieren können. Ein Versuch dahingehend ist ja gemacht worden mit der neuen Verfassung. Es gab ja eine Bürgerinitiative im Sommer 1990, eine Ost- und Westschichten übergreifende, berufsübergreifende Bürgerinitiative, die sich zum Ziel setzte, aus Grundgesetz und Verfassungsentwurf des Runden Tisches einen neuen Verfassungsentwurf zu erstellen, der dann per Volksabstimmung in Kraft treten sollte. Und das ist leider misslungen, weil eine Volksabstimmung auf Bundesebene nicht sein durfte und mit den Argumenten, die Menschen in der DDR hätten doch bereits abgestimmt, nämlich mit den Füßen fürs Grundgesetz, obwohl fast niemand das Grundgesetz kannte. Also mit solchen Argumenten hat der Westen dann - und das fand ich ziemlich arrogant - diese ganze Bemühung abgetan.

Ich glaube ja nicht, dass sehr viel verändert worden wäre im Grundgesetz. Einige Passa-

gen im Runden-Tisch-Entwurf waren vielleicht auch ein bisschen blauäugig und illusionär. Ich denke da auch gerade an die Staatsziele Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnen, die ja zum Teil in die Länderverfassungen in den neuen Bundesländer eingeflossen sind, aber auch keinen einzigen Arbeitsplatz mehr geschaffen haben. Also ich glaube, dass letztlich in dem Entwurf, der zur Volkabstimmung gekommen wäre, weitestgehend das Grundgesetz erhalten geblieben wäre.

Nur, das was ich bedaure ist, dass wir die Chance verpasst haben, den Ostdeutschen die Gelegenheit zu geben, mitzuentcheiden über die Verfasstheit des neuen Gemeinwesens Deutschland.



Monika Wissel: Sie sind in einer evangelischen Familie aufgewachsen mit dem ständigen Thema: Was heißt es, in einer sozialistischen Gesellschaft Christ zu sein?

Sie haben Jura studiert, als Mitte der Achtziger Jahre die gesellschaftspolitische Situation kippte, sollte auch das Strafrecht verändert werden. In Ihrer Dissertation haben Sie Vorschläge für die Änderung des Strafrechts gemacht.

Sie wurden u. a. Mitglied in der Untersuchungskommission gegen Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung. In diesem Zusammenhang waren Sie auch beteiligt an der Erarbeitung eines Rehabilitierungsgesetzes.

Sie waren fünf Jahre persönliche Referentin bei Ministerpräsident Stolpe und sind seit dem Jahr 2000 Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung. Herzlich willkommen, Frau Weyrauch!



Dr. Martina Weyrauch, Leiterin der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Mitglied der Untersuchungskommission gegen Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung 1989/90, Vertreterin dieser Untersuchungskommission bei der Erarbeitung eines Rehabilitierungsgesetzes der DDR

„Mich trieb die Hoffnung an, dass wir mit den Ergebnissen der Untersuchungskommission das Rechtssystem der DDR ändern könnten. Ich wollte, dass die bürgerlichen und politischen Menschenrechte endlich garantiert werden.“

Geboren 1958, wuchs ich in einer evangelischen Familie auf, wurde getauft und konfirmiert. Meine Eltern, die in der DDR auf Grund ihrer christlichen Überzeugungen nicht studieren durften, holten ihre Hochschulabschlüsse im Abendstudium mühsam nach.

„Was heißt es, in der sozialistischen Gesellschaft Christ zu sein?“ Das war ständiges Thema, nicht nur am Abendbrottisch. Meine Eltern betätigten sich Ende der 60-er, Anfang der 70-er Jahre aktiv in Gesprächskreisen der evangelischen Kirche, um sowohl die Kirche selbst als auch die Gesellschaft zu reformieren. Nach einem alternativen Gottesdienst, den der Gesprächskreis der Jungen Christen zu verantworten hatte, wurden

meine Eltern und andere Aktive von der Kanzel der Kirche „Zur Frohen Botschaft“ von einem etwas orthodoxeren Pfarrer mit einem Fluch belegt. Meine Großmutter, die selbst Pfarrerstochter war, weinte zwei Wochen. Und mich trieb es in die Arme des DDR-Staates. Ich wurde Mitglied der SED, weil ich der Meinung war, dass man nun von dort aus die DDR umkrempeln müsse. Nach dem Abitur lernte ich Bekleidungsfacharbeiterin und studierte Rechtswissenschaft. Ich litt sehr unter der mehrfachen Verschärfung des politischen Strafrechts, weil ich seit meinem 17. Lebensjahr auch Jugendliche als Jugendbeistand vor Gerichten der DDR verteidigte. Mehrmals überlegte ich, das Studium hinzuschmeißen, aber meine Freunde rieten mir zu durchzuhalten, um das DDR-Strafrecht zu verändern.

Als die gesellschaftliche Situation ab Mitte der 80er Jahre kippte, sollte Stück für Stück auch das Strafrecht der DDR verändert werden. Die DDR wurde durch die Schlussakte von Helsinki unter Druck gesetzt. Erich Honecker entschied in einer Politbürositzung aus einer Laune heraus, die Todesstrafe abzuschaffen. Zahlreiche Wissenschaftler hatten zuvor jahrelang dagegen angeschrieben, ohne dass etwas passierte.

Ich schrieb eine Dissertation mit den üblichen zeitgenössischen Rücksichten an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, in der ich mehrere Vorschläge zur Veränderung des Strafrechts machte. Die lag zwar schon geraume Zeit vor, aber jetzt erst begann sich das Justizministerium dafür zu interessieren und wurde bald danach für die Zentrale für Ermittlungen von Regierungs- und Vereinigungskriminalität eine wichtige Orientierungshilfe. Ich hatte den Nerv der Zeit getroffen, ohne es zu ahnen. Das war die Situation die mich dann auch zum Mitglied in der Untersuchungskommission gegen Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung werden ließ. Ich wurde von der Seite der Oppositionellen und Bürgerrechtler und von der staatlichen Seite gefragt, ob ich mitmachen wollte. Und ob!

Diese Situation ist ganz gut in einem Artikel im *Sonntag* von 1990 von Ricarda Bethge beschrieben:

„Man hat ihr eine Untersuchung übertragen. Sie verglich die Menschenrechtskonventionen mit den Gesetzen des Landes. 87 hat sie den Vergleich als Dissertation vorgelegt. Ihre Ergebnisse hielt man lieber etwas zurück, es gab keine Zusammenarbeit mit der Kriminalistik, mit dem Strafvollzug... Seit 1988 wurden Gesetzesänderungen in Fragen Menschenrecht beschlossen, Martinas Arbeit wurde wichtig. Begriffe wurden neu geprüft: Flucht, Folter, Menschenhandel. Genau da, wo sie mit ihrer bisherigen Arbeit an die Grenzen des Systems gekommen ist, genau da hofft sie, den ihr bisher verschlossenen Einblick in das Zusammenwirken der Machtbereiche zu gewinnen. Mit einer Vollmacht der Untersuchungsabteilung konnte man erreichen, dass sich die Türen der Strafvollzugsanstalten öffneten, für Juristen und für Nichtjuristen. Ämter legten Akten vor. Minister gaben Rechenschaft. Natürlich erschrak auch die Juristin wie wir alle davor, was für eine Flut von berechtigten und unberechtigten Klagen da über die Schwelle der vierten Ebene schwappte. Ein nicht zu bewältigendes „Alles“. Sie nahm sich besonders der Rehabilitierungen an, und sie hatte Erfolg...“¹

Mich trieb die Hoffnung an, dass wir mit den Ergebnissen der Untersuchungskommission das Rechtssystem der DDR ändern könnten. Ich wollte, dass die bürgerlichen und politischen Menschenrechte endlich garantiert werden. Nach dem 4. Dezember 1989, der Flucht Alexander Schalck-Golodkowskis, als klar war, dass die Untersuchungskommission der Volkskammer versagt hatte, schossen ja überall im Land diese von den Bürgern getragenen Kommissionen wie Pilze aus dem Boden.

Wir setzten eine Annonce in die Zeitung, forderten die Bürger auf, dass ihnen geschehene Unrecht vorzutragen. Wir saßen ganz symbolträchtig dort, wo die Kommerzielle Koordinierung mal saß (also Alexander Schalck-Golodkowski), im Haus der Elektrotechnik am Alexanderplatz. Wir begannen also mit der „Inventur des Unrechts“, arbei-

¹ Ricarda Bethge „MACHT MACHT SPASS“ Frauen in der Unabhängigen Untersuchungskommission. Sonntag, Unabhängige Wochenzeitung für Kunst und modernes Leben 45. Jahrgang, 29. April 1990

teten Tag und Nacht ohne viel zu schlafen. Wir wurden aber auch durch die Wucht der Ereignisse und die Kraft unserer Erkenntnisse, über das in der DDR staatlich begangene Unrecht um den Schlaf gebracht. Wir wussten nicht, dass wir ein großwahnsinniges Projekt begonnen hatten. Wir wollten ein Rehabilitierungsgesetz erarbeiten, ohne dass das Ausmaß des Unrechts auf dem Tisch lag. Mit dieser Intensität von Menschenrechtsverbrechen gegenüber politisch Andersdenkenden, Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet, Zwangsadoptionen von Kindern, Scheinerschießungen im Stasi-Knast als psychische Folter, um nur einiges zu nennen, damit hatten wir alle nicht gerechnet. Alle die noch in der SED waren, traten aus. Wir waren binnen Wochen total von dieser DDR kuriert.

Männer und Frauen waren in unserer Untersuchungskommission relativ paritätisch vertreten und arbeiteten Hand in Hand. Bei Konflikten mit der nicht legitimierten Regierung Modrow waren wir Frauen jedoch die verhandlungshärteren (aber dazu später).

Ich wurde dann als „Fachfrau“ an den *Runden Tisch* im Ministerium der Justiz delegiert, der das Rehabilitationsgesetz erarbeiten sollte. An diesem Runden Tisch nahmen Juristen des Ministeriums, Staatsanwälte und Richter genauso Platz, wie Vertreter der Untersuchungskommissionen, Parteien und Massenorganisationen und auch Opfer politischer Verfolgung. Jede Sitzung begann damit, dass die Opfer reden durften, sie berichteten von ihrer Verfolgung, von den erlittenen Qualen. Endlich durften sie reden und alle mussten zuhören. Auch die am Tisch sitzenden „Täter“. So entwickelte sich, ohne dass wir das damals so bezeichneten dieser *Runde Tisch zur Erarbeitung eines Rehabilitierungsgesetzes der DDR* zu einer Art Wahrheitskommission. Ich sah, wie Militär Richter und Staatsanwälte, richtig harte Hunde, voller Reue und Fassungslosigkeit waren, als sie mit den Schicksalen derer konfrontiert waren, die sie einst verfolgt hatten.

Leider haben wir es als Gesellschaft nicht geschafft, diese Reue zu einer tätigen Reue werden zu lassen. Da diese Männer und Frauen in der neuen Gesellschaft, im vereinten Deutschland meist keine Chance des

Neuanfangs hatten, sitzen sie immer noch in ihren Zirkeln und weinen der DDR nach. Das beschäftigt mich bis heute.

Aber auch die Opfer des Unrechts mussten sich noch lange gedulden, bis sie rehabilitiert wurden, sich die Gesellschaft vor ihnen verbeugte und sich für das ihnen zugefügte Unrecht entschuldigte. In einem wahnsinnigen Kraftakt haben wir es zwar geschafft, dass dieses Rehabilitierungsgesetz der DDR zur arbeitsrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und strafrechtlichen Rehabilitation von politisch Verfolgten am 6. September 1990 von der Volkskammer verabschiedet wurde. Abgeordnete der Fraktionen bezeichneten dieses Gesetz als eine der moralisch bedeutsamsten Vorlagen in der Geschichte der Volkskammer. Aber das Gesetz galt genau 14 Tage und dann wurde es durch den Einigungsvertrag außer Kraft gesetzt. Die Bundesregierung fürchtete, dass es zu teuer würde...²

Die Akten der Untersuchungskommission sollten wir noch vor der Wahl der neuen Regierung am 18. März 1990 der alten Regierung überantworten. Es weigerten sich einige Akteure, auch ich. Das führte dazu, dass eine Delegation von zwei Männern und zwei Frauen von Hans Modrow, dem damaligen Ministerpräsidenten der DDR, höchstpersönlich empfangen wurden.

Ich war 31 Jahre alt, in politischen Verhandlungsprozessen völlig unerfahren, zwar etwas trainiert im Plädieren vor Gericht, aber sonst nur in der Forschung zu Hause.

Zu dem Gespräch war die gesamte Sicherheitsspitze, also Staatssicherheit, Ministerium des Inneren, Generalstaatsanwaltschaft und überraschenderweise auch die Offiziere im besonderen Einsatz (Mitglieder unserer Untersuchungsgruppe, die als OibE für die Stasi arbeiteten) vertreten. Auf der einen Seite die geballte Staatsmacht, alles Männer. Wir verhandelten fünf Stunden. Nach drei Stunden fielen die Männer auf unserer Seite um und wollten die Akten rausgeben. Wir zwei Frauen blieben standhaft. Nach noch einmal zwei Stunden, die alle Verhandlungs-

² Vergleiche auch mein Interview in der Tageszeitung (taz) vom 16.06.1990

tricks (einschließlich sexuelle Beleidigungen) beinhaltete, hatten wir Frauen gesiegt. Das Verhandlungsergebnis: Die Akten werden der neuen Regierung übergeben.

So gingen wahnsinnige, nie gekannte politische Handlungsmöglichkeiten, Überforderung, Glücksgefühle, völlige Verzweiflung, politische Enttäuschungen und politische Siege Hand in Hand... Aber das Gefühl von damals bleibt. Wenn man den Zusammenbruch eines Staates erlebt hat und beim

Neuaufbau einer Demokratie mitarbeiten durfte, wachsen einem ungeahnte Kräfte und man fragt sich: „Was kann mich noch schrecken?“ Angst, Gehorsam und mangelnde Transparenz sind auch heute dazu ange-tan, Machtmissbrauch zu fördern. Diese Erkenntnis bleibt eingegraben. Aber man weiß auch, wie fragil ein Staatsgebilde ist, wenn es die Akzeptanz seiner Bürger verloren hat.



Innensicht und persönliches Erleben: Parteien, Parlamente, Regierung, Verwaltung



Pia Kaiser, Vorstandsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

Guten Morgen, sehr geehrte Damen, sehr geehrter Herr,

ich freue mich sehr, Sie am zweiten Tag unseres Kongresses *frauen sichten politik* im Namen der Veranstalterinnen begrüßen zu dürfen.

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Pia Kaiser und bin seit sieben Jah-

ren Vorstandsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin.

Als ich am 9. November 1989 die Nachricht im Radio vernahm, dass die Berliner Mauer gefallen sei, war ich 23 Jahre alt und gehöre somit zu einer Generation, die gerade am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn war. Große Freude war meine Reaktion, wie auch die meiner Mitstudent/innen an der Konstanzer Universität, auf diese unglaubliche Nachricht.

Im Rahmen eines Arbeitsaufenthaltes für mein Studium hatte ich die Gelegenheit am 1. Ost-West Frauenkongress am 10. April 1990 teilzunehmen. Dabei verankerte sich ein Eindruck in meinem Gedächtnis: Die West- und Ostfrauen haben unterschiedliche Themen. Ostdeutsche Rednerinnen beschrieben vor allem, wie sehr sie ihre finanzielle Unabhängigkeit von einem männlichen Hauptverdiener schätzten und wie wichtig für diese Errungenschaft der DDR, die zuverlässige staatliche Vollzeitbetreuung ihrer Kinder sei. Demgegenüber sprachen die westdeutschen Frauen nur am Rande von der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und dafür mehr über patriarchale Strukturen in unserer Sprache, unseren Familien, der Poli-

tik, den Medien, der Rechtsprechung und auf dem Arbeitsmarkt.

Wegen eines längeren Studienaufenthalts im Ausland, konnte ich die weiteren frauenpolitischen Entwicklungen des wiedervereinten Deutschland nur durch die Medien verfolgen. Ostdeutsche Frauen verloren ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung (§ 218), auf Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wurde nun auch für die meisten Frauen im Osten zunehmend schwerer.

Vor drei Jahren hatte ich Gelegenheit zu erfahren, wie es diesbezüglich meinen Abi-Mitschüler/innen in den letzten 20 Jahren im Westen ergangen war. Durch die Gespräche mit ihnen fand ich bestätigt, was uns auch wissenschaftliche Daten immer wieder belegen. Meine Generation ist noch weit davon entfernt, Beruf und Familie geschlechtergerecht vereinbaren zu können. Die Frauen im Westen müssen immer noch und die Frauen im Osten müssen wieder um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie kämpfen. Um diese zentrale frauenpolitische Forderung wird es, unter anderem, auch bei den heutigen Beiträgen gehen.

Gestern lag der Schwerpunkt unserer Podien und Vorträge auf dem Jahr 1989 und den persönlichen Erfahrungen von Frauen aus Politik, Wissenschaft und Fraueninitiativen, von Friedensfrauen und Vertreterinnen an Runden Tischen. Was haben sie erlebt, was hat sie erstaunt, gefreut, erschreckt? Welche frauenpolitischen Forderungen hatten sie damals formuliert?

Heute geht es um die Entwicklungen zwischen 1989 – 2009. Welche frauenpolitischen Erkenntnisse haben sich in den letzten 20 Jahren herauskristallisiert? Welche frauenpolitischen Hoffnungen wurden erfüllt? Welche Befürchtungen wurden wahr? Was kann aus der Vergangenheit gelernt werden? Welche frauenpolitische Strukturen sind heute gut, wo gibt es Verbesserungsbedarf?



Ina Krauss bei der Moderation

Nun darf ich Sie zum Podium „Innensicht und persönliches Erleben: Parteien - Parlament – Verwaltung“ einladen. Wir freuen uns, dass wir für die Moderation Ina Krauss gewinnen konnten.

Frau Krauss ist freie Journalistin und seit 18 Jahren als Journalistin im Print- und Hörfunkbereich unterwegs. Sie ist aktiv im Journalistinnenbund tätig, dessen Vorstandsmitglied sie von 1999 bis 2005 auch war. Sie wird Ihnen jetzt die Teilnehmerinnen am Podium vorstellen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe nun an Ina Krauss.



Dr. Sabine Bergmann-Pohl, CDU, Präsidentin der ersten demokratisch gewählten Volkskammer, Bundesministerin a. D., Präsidentin des DRK Berlin-Brandenburg

Auszug aus dem Interview auf der CD "Stimmen zu frauen sichten politik" (Audiotranskript)

„Was mich nachher enttäuscht hat war, dass man plötzlich zur Tagesordnung übergang und diese friedliche Revolution plötzlich so abrupt ihr Ende fand.“

Zunächst einmal muss ich betonen, dass es für mich natürlich ganz, ganz schwierig war, dieses Amt der Volkskammerpräsidentin und dann auch amtierenden Staatsoberhauptes der DDR zu übernehmen, weil - Sie müssen sich einfach vorstellen, dass ich bis zum 4. April noch als Ärztin vollberuflich tätig war und wenig parlamentarische Erfahrung hatte, um zu sagen vielleicht fast gar keine.

Und das ist natürlich für mich eine riesige Herausforderung gewesen, und ich muss sagen, dieses halbe Jahr Volkskammer war für mich psychisch und physisch eine sehr, sehr anstrengende Zeit. Wir waren auch Getriebene. Das muss man eben auch sagen, weil die Erwartungen auch der Bevölkerung waren riesig und wir mussten vieles berücksichtigen, vieles bedenken.

Denken Sie an die Diskussion mit den Stasi-Unterlagen. Wir mussten die Wiedervereinigung vorbereiten, weil ja zwei rechtlich völlig unterschiedliche Staaten zusammengeführt werden sollten. Wir mussten natürlich auch sehen, dass sowohl die Lebensläufe als auch beruflichen Erfahrungen usw. der Bevölkerung ausreichend berücksichtigt werden.

Sicherlich haben wir nicht alles geschafft, aber dieses halbe Jahr war eine riesige Herausforderung. Und mit dieser doch sehr emotionalen Haltung bin ich in diese Wiedervereinigung gegangen. Was mich nachher enttäuscht hat war, dass man plötzlich zur Tagesordnung übergang und diese friedliche Revolution plötzlich so abrupt ihr Ende fand. Also ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass auch in der westdeutschen Gesellschaft dieser starke Umbruch, der nicht nur in Deutschland stattgefunden hat, sondern in ganz Europa, mehr zu spüren gewesen wäre.

Aber es ging dort mehr zur Tagesordnung über. Und was mich dann eben auch doch sehr überrascht hat war, dass man als Frau - und ich war ja eine gestandene Frau in der DDR, ich war ärztliche Direktorin einer größeren Einrichtung und da ging es nie um Fragen der Emanzipation und das war auch ein Thema, was mich eigentlich bis dahin überhaupt nicht interessiert hat - dass man plötzlich in eine Gesellschaft hineinkam, wo die Frauen doch stärker um ihre Rechte kämpfen mussten und die Männer einem das auch ganz schön oft zu spüren gaben. Und das, das hat mich enorm gestört und hat mich auch mächtig enttäuscht, muss ich sagen. [...]



Petra Bläss-Rafajlovski, ehemals PDS, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags a. D., Gründungsmitglied des UFV, Gründungsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Auszug aus dem Interview auf der CD "Stimmen zu frauen sichten politik" (Audiotranskript)

„Das ist so, als wenn man plötzlich gesagt kriegt: Du wirst jetzt Generalsekretär der Vereinten Nationen“

Erstmal, um in der Zeit selber zu bleiben, habe ich ja ein riesiges Glück gehabt! Also ich war eine von ganz vielen Frauen, die sich 1989 im Herbst diesem Unabhängigen Frauenverband angeschlossen haben, selbstverständlich auch bei der legendären Gründungsveranstaltung in der Volksbühne am 3. Dezember dabei gewesen ist und das Gefühl hatte, bei dem von Ina Merkel verfassten Manifest *Ohne Frauen ist kein Staat zu machen*, ja genau!, das ist sozusagen die Programmatik für notwendige Veränderungen in dieser Gesellschaft. Also Walfriede Schmitt auf der Bühne in der Kostümierung ihrer Figur aus Bulgakow *Meister und Margarita* wird mir ewig unvergessen bleiben.

Und dann war das so, dass ich nochmal geguckt habe, wo wäre denn jetzt die sogenannte Basisgruppe des Unabhängigen Frauenverbandes, die ja zum Teil existierten, zum Teil sich neu formierten. Und durch meine Kollegin Hannelore Scholz bin ich zur SOFI (Sozialistischen Fraueninitiative) gekommen und ich hab mich da unheimlich wohlfühlt. Das war im Januar und wir waren ganz bunt zusammengewürfelt - Sibyll Klotz war dort, Christiane Schindler, Tatjana Böhm, Bärbel Romanowski - es war eine so bunte Truppe.

Und ich werd' es auch nie vergessen, weil manchmal hat ja ein Satz ziemlich viel Bedeutung fürs spätere Leben - und dieser Satz lautete bei mir: "Ich würde dann auch gern 'n bisschen Wahlkampf mitmachen." Und da bekam ich wahrscheinlich so das berühmte Kreuzchen. Da waren wir alle zum Plakate-Kleben. Das war wie gesagt im Januar 1990, wo schon klar war, dass der Unabhängige Frauenverband sich an den ersten freien Wahlen in der DDR beteiligen wird.

Dann war auch klar, es müssen zwei Frauen in die zentrale Wahlkommission der DDR entsandt werden. Und wir haben damals nur erstmal eine Frau benannt, natürlich eine Juristin, weil das ist ja dann auch wichtig für so ein Amt und ich weiß noch, dass gesagt worden ist, die zweite Position soll durch eine Berlinerin besetzt werden. Also ganz, ganz ehrlich, ich hab da in keinsten Weise an mich gedacht, weil ich mehr so in die künstlerische Medienrichtung tendiert habe und kriegte dann aber plötzlich Mitte Februar 1990 einen Anruf aus dem neu geschaffenen Büro des Unabhängigen Frauenverbandes. Das war damals Ines Köhn, die rief mich an und fragte, ob ich für den Unabhängigen Frauenverband in die Wahlkommission der DDR gehen würde.

Und das war genau die Situation, wo es mich auch ein bisschen wurmte, nach dem Motto - du musst doch eigentlich noch mehr geben und mehr aktiv sein. So viele Frauen sind schon am zentralen Runden Tisch: Tatjana Böhm, Uta Röth und so. Die habe ich alle total bewundert, voller Respekt, wenn ich die am zentralen Runden Tisch gesehen habe im Fernsehen. Und da dachte ich: „Ok, das ist jetzt der Ruf, du wirst gebraucht“ und habe gesagt: "Wat muss ick da machen?" und da hat sie gesagt: "Naja, du wirst da vier, fünf Mal zu Sitzungen gehen und du kannst ja reden und da kannst du den Unabhängigen Frauenverband ein bisschen vorstellen und die Politik deutlich machen und mehr wird da nicht sein." Und da hab ich gesagt: „Ok, das mach ich.“ [...]

Und dann kam die Wahl. Das waren 50 Mitglieder der Wahlkommission aus den 25 Organisationen, die angetreten sind. Und es gab drei Kandidaturen, darunter eine Frau vom Bauernverband, die Juliane Jürg, die

dann später meine Stellvertreterin wurde. Und natürlich habe ich die gewählt. Und kurz bevor die Wahlrunde, also die Kandidatinnen und die Kandidaten genannt worden sind für den Vorsitz der Wahlkommission, meldete sich ein mir unbekannter Mann der damaligen SPD. Und der sagte: „Wir von den Sozialdemokraten schlagen zur Wahlkommissionsvorsitzenden Frau Petra Bläss vom Unabhängigen Frauenverband vor.“

Und das war so wie eine Traumsituation. Wie, wenn man sich das so im Film vorstellt, wenn man plötzlich gesagt kriegt: „Du wirst jetzt Generalsekretär der Vereinten Nationen“ oder so und dann würdest du auch denken. „Schöner Scherz!“

Dann bin ich aber ganz ruhig geblieben und dachte: „Was klar ist, du kannst hier keinen Rückzieher machen. Wir kämpfen für die Quote und für Machtbeteiligung und dann sagt dieses UFV-Mädel womöglich: „Nee, kann ich nicht, ich bin ja nur Literaturwissenschaftsforschungsstudentin.“ Und da habe ich gedacht, bleibst du cool. Und dann war dieser Wahlvorgang, der übrigens ein richtig geheimer war mit Wahlkabine und so und wurde ausgezählt.

Und da ich bis heute eine Hobby-Archivarin bin, habe ich das natürlich noch, diesen Zettel, wo ich die vier Namen aufgeschrieben habe. Also Horst Korbella (CDU), dann Lutz Ahnfeld von der FDJ und Juliane Jürg (Bauernpartei) und dann Petra Bläss (Unabhängiger Frauenverband). Und plötzlich ging das los. Es war eine öffentliche Auszählung „Bläss, Bläss, Bläss, ...“ und ich dachte: „Was ist hier los?“ Und wo das dann schon klar war, dass das eine eindeutige Mehrheit ist und auch nicht nötig ist, einen zweiten Wahlgang zu führen, merkte ich schon, wie hinter mir die Kameras aufgefahren wurden.

Und dann verkündete Günther Maleuda, der damalige Volkskammerpräsident, der diese Sitzung geleitet hat: „Damit ist Frau Petra Bläss vom Unabhängigen Frauenverband zur Vorsitzenden der Wahlkommission der DDR gewählt.“ Und das ging so schnell. „Nehmen Sie die Wahl an?“. Das ist alternativlos. So geprägt auch durch diesen 3. Dezember in der Volksbühne, kannst du natürlich dann nur sagen: „Ja“. [...]



Carola v. Braun, 1989 Frauenbeauftragte Berlin (West), stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner FDP. Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen

Wie habe ich 1989 erlebt?

Ich war damals Frauenbeauftragte Berlin (West), die erste in Berlin, nach Eva Rühmkorf in Hamburg die zweite in der Bundesrepublik Deutschland.

Politisch war ich stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner FDP (immer West), saß also an der Nahtstelle zwischen Politik, Verwaltung und Frauenbewegung.

Für mich war Politik und Beruf eins, Diskussionen in der frauenpolitischen Öffentlichkeit beeinflussten direkt meine Arbeit als Frauenbeauftragte, umgekehrt habe ich Diskussionen in der Frauenbewegung direkt, manchmal auch indirekt über die Politik in Verwaltungshandeln einbringen können.

Rück Erinnerung: das Ende der 80er Jahre und die Frauenbewegung

Für mich war die zweite Hälfte der 80er Jahre die vielleicht einflussreichste Phase in der Geschichte der deutschen Frauenbewegung.

Einige Beispiele:

Es gab – sehr erfolgreich – eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen der alten sog. bürgerlichen Frauenbewegung und der neuen institutionenkritischen Autonomen Frauenbewegung. Da, wo sie zusammengearbeitet haben, hatten sie die Medien und viele Frauen in den Parteien hinter sich und haben so Etliches durchsetzen können. Nichts war

gefürchteter, als die Frauendemonstrationen im Abgeordnetenhaus, im Hauptausschuss – denn selbstverständlich gab es darüber umgehend Berichte in der *Abendschau* und bei Interviews konnte Mann sich sehr gut blamieren, wenn er nicht die richtige Wortwahl traf.

Die Autonome Frauenbewegung war viel mehr als eine „Ein-Ziel-Bewegung“.

Sie war eine hoch entwickelte gesellschaftskritische Bewegung, die die Gesellschaft an Haupt und Gliedern reformieren, eine neue Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die Gewalt- und Autoritätsverhältnisse durchsetzen wollte. Und sie war damit sehr erfolgreich, bekam Unterstützung aus allen politischen Lagern der Frauen, auch von Männern. Auch mich hat dieses große gesellschaftspolitische Ziel begeistert. Sie war ein dichtes, ernst genommenes Netzwerk, das den Umgang mit Medien, mit der Politik sehr professionell erlernt hatte.

Aber: es gab schon Symptome des Zerfalls, der Zersplitterung und Ausgrenzung, mit vielen Opfern von einzelnen Frauen. Und: es gab aus meiner Sicht auch gravierende strategische Fehler, die sich ab 1989 fatal auswirken sollten. Insbesondere die Ausgrenzung der Mütter, die Probleme mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hatten, führte dazu, dass junge Mütter sich bei ihren Problemen nicht von der damaligen autonomen Frauenbewegung unterstützt fühlten.

November 1989 und die Zeit danach

Auf der Westseite: in den Wochen des Jubels gab es zunächst große Erwartungen, Hoffnungen, dass die Frauenbewegung nun breite Unterstützung von den Ostfrauen bekommen würde, was nicht eintrat. Die Enttäuschung war groß, denn beide Seiten hatten keine realistischen Vorstellungen von der Lage auf der jeweils anderen Seite, gereizte Gegenreaktionen auf beiden Seiten traten ein, Unverständnis.

Beispiele:

Jede Ost-West-Frauenveranstaltung, in der eine Ostfrau sich als „Ingenieur“ oder „Physiker“ bezeichnete, ging in wütendem Hohn-